

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

23 (28.1.1918)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postschalter monatl. 1.10 M., 1/2jährl. 3.30 M., Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/8-1/4 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 f. Nachangehen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

## Hertling über Wilsons Friedensbotschaft.

Graf Hertling hat sich am Donnerstag in seiner lange erwarteten aber enttäuschenden Rede im Hauptauschuß mit der Friedensbotschaft des Präsidenten Wilson auseinandergesetzt. Ton und Inhalt dieser Auseinandersetzung werden kaum diejenigen befriedigen, die das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten einfach als Heuschreck abtun wollten. Hertlings Rede ist wenigstens ein Versuch einer sachlichen Erklärung. Leider aber muß man sagen, daß dieser Versuch in sehr schätzbaren Anfängen stecken geblieben ist, und daß die ganze Rede Hertlings von der Sorge diktiert zu sein scheint, um Gotteswillen nur nicht zuviel zu sagen, damit man im Ausland nicht etwa auf den schändlichen Verdacht kommen könnte, die deutsche Regierung sehe sich aufrichtig nach dem Frieden.

Graf Hertling hat bezüglich der ersten vier von Wilsons vierzehn Programmpunkten erklärt, daß eine Einigung über sie ohne Schwierigkeit zu erreichen wäre. Diese vier Punkte betreffen die Abschaffung der Geheimdiplomatie, die Freiheit der Meere, den Verzicht auf den Wirtschaftskrieg und die Einschränkung der Rüstungen. Die erste Dissonanz klingt aber schon im nächsten Punkt schwach an. Warum die Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes auch von uns unbedingt gefordert werden muß, ist ohne weiteres nicht recht einzusehen. Gewiß läßt sich darüber reden, ob nicht gewisse Kolonialgebiete gegen andere umgetauscht werden oder sonst als Kompensation dienen könnten. Wenn jetzt Graf Hertling von unbedingten Forderungen auf diesem Gebiete spricht, so ist die Frage berechtigt, welcher Art diese Forderungen sind. Was sind die kolonialen Kriegsziele der deutschen Regierung?

Graf Hertling erklärt dann weiter, daß die Räumung des besetzten Gebietes des früheren russischen Kaiserreiches eine Angelegenheit sei, die nur zwischen den Mittelmächten und Rußland zu regeln wäre. Dieser Standpunkt entbehrt nicht der formalen Korrektheit, da die Entente den Anschlag an die Verhandlungen von Brest-Litow abgelehnt hat. Die hohe Welt wird jedoch in dieser Ablehnung des Reichstanzlers nicht bloß formale Korrektheit erblicken wollen, sondern sie wird diese mit dem sachlichen Wunsch in Zusammenhang bringen, solange wie möglich in dem besetzten Gebiete zu bleiben, um schließlich seine „Anlehnung“ an die Mittelmächte herbeizuführen.

Der erste Punkt der Auseinandersetzung, bei dem sich auch der Gegensatz zwischen der Politik der Regierung und jener der Sozialdemokratie am offensichtlichsten zeigt, ist Belgien. Hier hat es der Reichstanzler abermals abgelehnt, eine „Vorwegnahme“ dieses Problems zu gestatten, solange nicht die Integrität des Gebietes der Mittelmächte anerkannt sei. Bekanntlich stehen die Engländer geschlossen bis zu Kamajac Macdonald auf dem Standpunkt, daß die Integrität des Gebietes der Mittelmächte auf keinen Fall anerkannt dürfe, solange nicht die Wiederherstellung Belgiens gesichert sei. Praktisch lautet der Standpunkt Hertlings darauf hinaus: die Engländer sollten erklären, daß sie die deutschen Kolonien und die von ihnen beherrschten türkischen Provinzen bis auf das letzte Pfingsten herauszugeben bereit wären und dann will Deutschland erst in eine Behandlung der belgischen Angelegenheit eintreten. Es ist nicht einmal gesagt, daß Deutschland zur Wiederherstellung Belgiens bereit sei, falls ihm seine Kolonien zurückgegeben würden, es ist nur gesagt, daß man über die Zukunft Belgiens jede Diskussion verweigert, solange die andern nicht durch die Abgabe der geforderten Integritätsklärung klein beigeben haben. Auf diese Weise kommt man dem Frieden nicht näher.

Auf die besetzten Gebiete Frankreichs wird dann das Wort „Kaufpfand“ angewendet, das man bei Belgien sorgfältig vermeiden hat. Es wird gesagt, daß eine gewaltsame Angliederung nicht beabsichtigt wird, und es wird für später die militärische Räumung angefündigt, deren Bedingungen und Modalitäten den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen. Das misstrauische Ausland wird fragen: Was steht dahinter? Welcher Art sind diese Modalitäten? Betreffen sie etwa die Sicherung wirtschaftlicher Vorrechte im Erzbecken von Brich und Longwy?

In den folgenden Punkten, die Italien, Oesterreich-Ungarn, den Balkan und die Türkei betreffen, vertritt Graf Hertling im wesentlichen die defensiven Ziele der deutschen Kriegspolitik, über die innerhalb des deutschen Reichs allgemeine Uebereinstimmung besteht. Ausfällig aber wirkt dann wieder die Behandlung des Punktes 13 (Polen), wo vorgeschlagen wird, man möge es Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland überlassen, sich über die zukünftige Gestalt des Landes zu einigen. Das Selbstbestimmungsrecht Kongreßpolens wird hier so aufgebaut, daß zwar Deutschland und Oesterreich-Ungarn bei der zukünftigen Gestaltung des Landes mitzusprechen haben, nicht aber das russische Mutterland. Das ist eine konsequente Durchführung des am 27. Dezember von den Mittelmächten in Brest-Litow verkündeten Standpunktes, wonach die Räumung der besetzten Gebiete von Rußland eine unüberwindlich vollzogene Tatsache ist und die Völker der besetzten Ge-

biets ihr Selbstbestimmungsrecht unter dem Protektorat der Mittelmächte auszuüben haben.

Graf Hertling verpricht schließlich, sich für den 14. Punkt der Wilsonbotschaft interessieren zu wollen, wenn alle anderen lebenden Fragen geregelt sein werden. Dieser 14. Punkt betrifft den Völkerbund. Wenn bei den künftigen Friedensverhandlungen — wer weiß, wann sie kommen? — alles nach deutschem Wunsch geht, dann wird Deutschland ebenf. bereit sein, sich einem solchen Völkerbund anzuschließen. Graf Hertling hat insofern Recht, als der Völkerbund immer noch eine ziemlich über den Wolken schwebende Angelegenheit ist, und als es in allen Ländern steigender Veränderungen bedarf,

wenn er einmal zur Wirklichkeit werden soll. In allen Ländern, also ganz besonders auch in Deutschland!

Graf Hertling hat eine Rede gehalten, wo man eine Rede erwartete. Ministerreden sind in diesem Kriege schon entsetzlich viel gehalten worden, die Rede Hertlings ist auch eine davon, und sie ist unter ihnen nicht die beste. Sie bedeutet keinen wesentlichen Schritt zum Frieden, und sie wird in Innen die Wogen der Beunruhigung nicht glätten. Die sozialdemokratische Partei kann und wird ihre Enttäuschung nicht verbergen, die Regierung Hertling hat nicht erfüllt, was das Volk von ihr erwartet hat.

## Die Aussprache über die Friedensziele im Hauptauschuß.

Berlin, 26. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstages sprach als erster Redner nach Staatssekretär von Kuhlmann Graf Westarp (Kauz.). Er führte unter anderem aus, der bessere Schutz unserer Grenzen werde durch eine Reihe kleiner und unabhängiger Staaten nicht gewährleistet. Die austro-polnische Lösung erfülle ihn mit schweren Bedenken. Gegen seine künftige Polemik könne auf militärische und wirtschaftliche Gesichtspunkte nicht verzichtet werden. Den Weg über das Selbstbestimmungsrecht halte die konservative Partei nicht für den geeigneten. Besondere Bedenken erzeuge die Offenheit der Verhandlungen. Ein baldiger Frieden auch mit Norddeutschland ist gewiß erwünscht, dürfe aber deutsche Lebensnotwendigkeiten nicht gefährden. Er stimmte dem Kanzler zu, daß das Bündnis mit Oesterreich Kernpunkt und Richtlinie unserer Politik sein müsse. Selbstverständlich müsse dieses Verhältnis mit voller Gegenseitigkeit beruhen. Hinsichtlich des Besiens stimme er dem Kanzler darin zu, daß die Reden Lloyd Georges und Wilsons keine geeigneten Grundlagen zu Friedensverhandlungen seien. Unser Interesse der Sicherheit könnte nur durch positive Einflüsse auf das künftige Belgien gewahrt werden. Den Namen müsse die gegebene Fassung erhalten werden. Besonders hinsichtlich der Entscheidungen müsse bei weiterer Verlängerung des Krieges die vom Kanzler in Aussicht gestellten Folgen für unsere Feinde eintreten.

vornehmsten Aufgaben. Oesterreich habe es nicht so leicht wie ein Nationalstaat. Das müsse bei Beurteilung der dortigen Verhältnisse berücksichtigt werden. — Die Weiterberatung wird hierauf auf Sonnabend vertagt.

Berlin, 26. Jan. Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute vormittag die Besprechung der auswärtigen Politik fort.

Hg. David (Soz.). führte aus: Die Ergebnisse der Verhandlungen in Brest-Litowsk und Petersburg sind sehr mager; auch die Einigung mit der Ukraine ist unsicher, und ein Teilsfrieden mit der Ukraine wäre kein Ersatz für den Gesamtfrieden im Osten. Die Hoffnung, geben wir nicht auf, aber wer würde die Schuld tragen wollen, an einem Scheitern? In dieser Frage muß man klar sehen. Tscheky will offenbar einen ehrlichen demokratischen Frieden. Nur mit dieser Parole haben die Bolschewiki die Macht eronnen. Die entgegenkommende Haltung der Mittelmächte von 25. Dezember wurde in Petersburg mit Jubel aufgenommen. Die Erklärung vom 26. Dezember ist wie ein Donner Schlag dazwischengeschlagen. Jetzt triumphieren die Gegner der Bolschewiki. Für diese ist das Selbstbestimmungsrecht

Hg. Freiherr von Camp (D. F.): Polen, Kurland und Litauen können nach ihrer jetzigen Verletzung entstehen. Unsere Regierung sollte sich die Behandlung seitens der Bolschewiki nicht weiter gefallen lassen. Preußen wird durch die Selbständigkeit Polens vom breiten Verkehr mit Rußland abgeschnitten. Die Ostprovinzen müssen entsprechend geschützt werden. Wir wollen das deutsch-österreichische Bündnis treu halten, aber die Neuverungen, wie die gegen General Hoffmann und den Fürsten Bialow sollten in Oesterreich unterlassen werden. Wir können die eroberten Gebiete nicht zurückgeben, bevor nicht England die von ihm annehmierten Länder und die von ihm in Frankreich besetzten Gebiete zurückgegeben hat.

das grundlegende Prinzip, das sie nicht aufgeben können. Angesichts dieser Situation müssen wir dafür sorgen, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht wirklich ernst gemacht wird. Die beiden Erklärungen vom 25. und 28. Dezember stehen tatsächlich im Widerspruch, daraus erklärt sich die veränderte Haltung der russischen Unterhändler. In der neutralen Presse lesen wir starke Proteste Tschekys und Joffes gegen die Stellung Deutschlands in der Kamajacfrage und die Art der deutschen Vorklärung über den Inhalt der Verhandlungen. Hoffnungslos liegt die Sache immerhin nicht, wenn man die letzte Entscheidung einem Volksabstimm überlassen will. Ob Referendum oder konstituierende Versammlung, ist bedeutungslos. Zunächst ist ein provisorisches Organ zu bilden durch Vertretung der Parteien. Zum Teil sind schon Ansätze vorhanden. Der einzige Differenzpunkt ist die Räumung. Alle Einwände gegen sie fallen mit dem Friedensschluß und der Schaffung lokaler Ritzgen. Die Befürchtung von der einlegenden revolutionären Agitation in den jetzt besetzten Gebieten ist ein Selbstbild. Die bolschewistische Regierung hat ja gar keine günstigen Bedingungen. Das Selbstbestimmungsrecht der Polen ist unbestreitbar. Das Ergebnis müssen wir abwarten, vermutlich kommen sie zur Selbständigkeit. Die daran geknüpften Befürchtungen von Expansionsbestrebungen sind Selbstbilder. Auch eine Irredenta läßt sich durch eine vernünftige Polenpolitik beseitigen. Die Litauer haben sich für einen unabhängigen Staat bereits ganz ordnungsmäßig erklärt; dabei suchen sie aus guten Gründen Anknüpfung an den Westen. Der kurländische Landesterrat ist dagegen keine wahre Volksvertretung, da die Letten bisher ausgeschlossen sind. Die Grenzländer zwischen Deutschland und Rußland sollen nicht Barrieren sein, sondern Brücken. Aber es gilt schnell zu handeln, sonst laufen wir Gefahr nach allen Seiten. Die für uns günstige Situation im Osten ist nicht nur eine Folge unserer Siege, sondern auch der inneren Bewegung in Rußland. Die Rechnung auf den U-Bootkrieg war ein Irrtum. Man darf die Widerstandskraft nicht unterschätzen, dafür ist Deutschland ein lebender Beweis. Der Redner bekämpft die Behauptung des Prof. Kloß betreffend die Bewegung der Valuta. Das Stöcken der Friedensverhandlungen brachte auch das Steigen der Valuta ins Stöcken. Wir haben

Hg. Lebebour (Unabh. Soz.): Die Reichsleitung scheint den Forderungen der Militärpartei nachgegeben zu haben. Die Rede des Grafen Czernin eröffnet die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit Amerika. Dagegen bin ich mit feiner Auslegung des Selbstbestimmungsrechts nicht einverstanden. Wilson, Clemenceau und Lloyd George müssen vorerst das Selbstbestimmungsrecht für die eigenen Völker verkünden. Die Vertretung des lettischen Volkes muß anders gehalten werden, als es mit Hilfe des Oberbefehlshabers-Dt. gehalten ist.

auszichten zum Frieden zu kommen; das müssen wir ausmachen, noch vor der geplanten Offensive. Die alldeutsche Presse war froh in ihrem Urteil über die Friedensverhandlungen vom 25. Dezember in Brest-Litowsk; sie sprach von einem „schwarzen Tag“ für Deutschland. Das Gleiche gilt für die Urteile über die Rede des Reichskanzlers. Die Reichsleitung kommt mit diesen Zugeständnissen nach rechts nicht durch, die Mittelmächte taugt nichts, wir brauchen klare Entscheidungen.

Hg. Erbsberger (Zentr.) sagt, was gestern der Reichskanzler gesagt habe, sei die konsequente Durchführung des Programms vom 29. November. Daron, daß unsere Arbeiter das Vaterland nicht im Stich lassen würden, sei er überzeugt. Im Osten ständen zwei Probleme in Frage, Graf Westarp wolle Amexionen, der Reichskanzler und der Reichstag ständen auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts. Fürst Birmark habe 1890 eine Annexion über Nemel hinaus als ein Verbrechen an Deutschland bezeichnet. Die Begehung der Karawinje würde uns die Feindschaft des polnischen Volkes eintragen. Der Kampf gegen eine polnische Irredenta, die eine austro-polnische Lösung der Frage mit sich bringen würde, könne man nur erfolgreich führen, wenn man statt der Politik der Abstoßung eine Politik der Anziehung treibe. Ihm erwiderte es sehr angeeignet, die Wilsonpunkte eingehend zu prüfen. Die „Zürcher Nachrichten“ sprachen davon, daß Wilson den Gang nach Canossa angetreten habe. Das sei ein großer Erfolg Deutschlands. In Holland werde die Rede ähnlich eingeschätzt. Das Gespräch bringen bei Deutschland bleiben müsse, sei keine Frage. Graf Czernin habe gestern mit großer Entschlossenheit und Klarheit das Wort geführt und zur Erwägung gestellt, ob nicht Oesterreich und Amerika in eine Aussprache über die Wilson-Punkte eintreten sollten. Er glaube, wenn das geschehe, dürften wir nicht eiferfüchtig sein, zumal wenn sie erfolgreich geführt werde. Eine bestimmte Erklärung der deutschen Regierung über die belgische Frage würde ihm förderlich erscheinen. Der Reichskanzler habe die Frage negativ beantwortet; sie solle positiv behandelt werden. Das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn gut und eng zu gestalten, sei eine unserer

Die Reichsleitung will sich ja gegen die Wilsonsche Erklärung entgegenkommend verhalten. Noch weiter geht in dieser Hinsicht Graf Czernin. Die Ausrufung von der freien Hand nach Westen ist jedoch sehr mißverständlich. Wir müssen aus dem Schwanken heraus. Die Entscheidung kann nur fallen im Sinne der Resolution vom 19. Juli und der

In den folgenden Punkten, die Italien, Oesterreich-Ungarn, den Balkan und die Türkei betreffen, vertritt Graf Hertling im wesentlichen die defensiven Ziele der deutschen Kriegspolitik, über die innerhalb des deutschen Reichs allgemeine Uebereinstimmung besteht. Ausfällig aber wirkt dann wieder die Behandlung des Punktes 13 (Polen), wo vorgeschlagen wird, man möge es Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland überlassen, sich über die zukünftige Gestalt des Landes zu einigen. Das Selbstbestimmungsrecht Kongreßpolens wird hier so aufgebaut, daß zwar Deutschland und Oesterreich-Ungarn bei der zukünftigen Gestaltung des Landes mitzusprechen haben, nicht aber das russische Mutterland. Das ist eine konsequente Durchführung des am 27. Dezember von den Mittelmächten in Brest-Litow verkündeten Standpunktes, wonach die Räumung der besetzten Gebiete von Rußland eine unüberwindlich vollzogene Tatsache ist und die Völker der besetzten Ge-

llung. Delaune. 2378. ffags 4 Uhr. ends 8 Uhr. ater. hliessl. gen. ar. in. 2932. reise. Straßen. agen zusteigt. hrpersonals. en von der. swweisung an. zurückgelegte. 2.— zu be. 1918. 2381. 2. Länder, Kreuzung. fen oder gegen. 2377. erde. eifen angekauft. angold. 936. entasse. ung vom 18. No. erung des § 1. 324 M. D. ung seitens des. teilt. ir die Sonntag. 2 statt bisher. 2385. Karlsruhe. udjal, Kaufmann. Hermann Dreber. Haslach. Wilhelm. Brimmitig von. Martin, Tagelöhner. rger, prakt. Arzt. iet, Chemann, 62. A. alt. Feich. Richard, 1 Jahr. Schmidt, Pauline. il, Schuhmacher. mann, 44 J. alt. Friedrich Säger.

Antwort auf die Papstnote. Die Friedensresolution bringt uns auf eine günstige Verhandlungsplattform. Für uns bedeutet sie keinen Verzicht, wohl aber für die Entente; niemand wird dann sagen können, wir hätten den Krieg verloren. Die Weltkoalition wäre für alle Zeiten gelähmt, also in Wahrheit ein Sicherheitsfrieden erreicht. Ueber Belgien müssen wir eine positive Erklärung abgeben. Wir denken nicht daran, den Flamen ihr Selbstbestimmungsrecht vorzuenthalten, aber die Flamen wünschen unsere Einmischung gar nicht. Die alte deutsche Parole „Los von der Sozialdemokratie“ löst uns fast. Die Konterpartien stehen auf verlorenem Posten, das ist eine der Wirkungen des Krieges. Unsere Staatsmänner sollten vom Grafen Czernin lernen, daß es der Regierung eine starke Position gibt, wenn sie sich auf eine Mehrheit der Volksvertretung stützt. Nicht wir üben Terrorismus, sondern die Vaterlandspartei. Wir drohen nicht, sondern warnen. Der Redner richtet zum Schluß heftige Angriffe gegen die Alldeutschen und ihre Politiker.

Abg. Naumann (Wpt.): Das Selbstbestimmungsrecht allein löst nicht alle Probleme und Menschheitsgedanken. Die Formel ist nur eine Etappe, durch die wir hindurch müssen; je eifriger wir den Begriff fassen, um so besser. Ueber Trost urteilte der Redner zu günstig, er spielt sich als Urdemokrat aus, betätigt aber in Rußland sehr undemokratische Methoden. Der Ernst, mit dem der Begriff des Selbstbestimmungsrechts zu fassen ist, liegt bei Deutschland, diese Ueberzeugung müssen die Völker gewinnen. Die Annahmen müssen bestimmte Fristen vorsehen, dann haben wir das Recht, die besetzten Gebiete vor der bolschewistischen Agitation zu schützen. Was wir in dieser Hinsicht hören, ist schlimm, sehr schlimm. Die Gefahren der austro-polnischen Lösung lassen sich beseitigen durch eine gute und weitgehende Politik. Jede denkbare Lösung enthielte die Gefahr der Irredenta. Wir brauchen politischen Takt in der Behandlung unserer Polen. Das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk ist unrichtig, hauptsächlich wegen des wirren Zustandes in Rußland. Es fehlt die Stelle, mit der haltbare Abmachungen zu treffen sind. Der Krieg führt leichter zur Aufspaltung Europas. Die Kundgebung Wilsons kommt zweifellos dem Frieden entgegen; sie hat erhöhtes Gewicht, weil Amerika nicht mehr neutral ist. Natürlich kann für uns nur die vollkommene Integrität des deutschen Gebietes die Basis von Friedensverhandlungen sein. Deutschland ist aber zugleich Mitgarant seiner Verbündeten.

Haben die Engländer große Teile der Türkei besetzt, so haben wir Belgien und Nordfrankreich. Das gibt die Möglichkeit eines Ausgleiches. Die Erklärungen wegen Belgien müssen positiv gehalten werden, die Wünsche für die Flamen können ruhig daneben bestehen, aber um der Flamen willen darf der Krieg nicht weiter gehen. Das Echo der Rede des Reichskanzlers in der deutschen Presse zeigt keinen klaren Verlauf. Wenn man, wie die Konterpartien, alles auf die Karte des Krieges setzt, so hat das ganze Friedensgedenke keinen Sinn und die Regierung muß durch eine andere ersetzt werden. Was heißt: Freie Hand im Westen? Sollten wir im Osten demokratisch, im Westen autoritär-militärisch sein? So kann man keine Politik führen. Wir freuen uns, daß unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn der letzten unserer Politik sein und bleiben soll. Welche Erfolge zu Lande und zu Wasser sind möglich, ist aber die Lage für den allgemeinen Frieden dann günstiger? Entweder haben wir dann ein neues müßiges Land vor uns, mit dem wir keinen Frieden schließen können, oder der Krieg geht weiter ohne Ende, aber jäh und ohne absehbares Ende. Der Abgeordnete sprach dann über ein neu verteiltes Flugblatt, das den Sturz der Regierung, die Revolution und die Errichtung der Republik fordert, einen Separatfrieden ablehnen und den Streik in den nächsten Tagen, namentlich in der Munitionserzeugung und dem Verkehrswesen, fordert. Welche Bedeutung dieses Flugblatt hat, können wir nicht leicht übersehen. Im Namen der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften erklärte der Redner, daß diese ihre Pflicht für die Sicherheit des Vaterlandes tun werden.

Hierauf nahm der Staatssekretär v. Kühlmann noch einmal das Wort und führte aus: Meine Herren! Die Debatte der zwei Tage hat uns eine reiche Fülle von Gedanken und Gesichtspunkten zu denjenigen Gegenständen gebracht, die der Herr Reichskanzler in seiner Rede dargelegt hat, und zu denjenigen Ausführungen, die ich mir gestattet habe, Ihnen gestern zu unterbreiten, um den Verlauf der in Brest-Litowsk geführten Verhandlungen darzulegen. Es ist nicht menschlich möglich, auf eine so große bedeutende Debatte in alle Einzelheiten einzugehen. Ich will mir gestatten, diejenigen Punkte einzeln zu besprechen, bei denen mir im Laufe der Debatte eine Besprechung erforderlich schien. Der Herr Abg. Siresemann hat in seinen Ausführungen, die sowohl in diesem hohen Hause, als in der Öffentlichkeit zweifellos die Beachtung gefunden haben, die sie verdient, darauf hingewiesen, und dieser Hinweis ist mir auch in der deutschen Presse schon oft begegnet, — daß es wünschenswert wäre, die deutschen Minister sprächen häufiger öffentlich, antworteten rasch und — wenn ich so sagen darf — mit verteilten Rollen auf die Äußerungen des Auslandes. Ich stimme diesem Wunsch grundsätzlich vollkommen bei. Ich glaube, daß die Entwicklung des öffentlichen Lebens bei uns in der von dem Herrn Abgeordneten Siresemann gewünschten und angeregten Weise verlaufen wird. Und wenn ich einige Gründe anführe, warum die Offenheit des öffentlichen Lebens bei uns nicht leicht fällt, so geschieht dies nicht, als ob ich dem Gedanken nicht sympathisch gegenüber wäre, sondern nur um zu erklären, warum die Dinge so sind, wie sie sind. Unsere Minister sind in unendlich höherem Grade als dies in England der Fall ist, zugleich Chefs ihrer Ressorts. Sie sind mit Ressortarbeiten in ganz anderer Weise überlastet als in England, wo der Minister in erster Linie Politiker ist und die Ressorttätigkeit bei ihm absolut in zweiter Linie steht. In England ist es ganz selbstverständlich, daß der Minister sozusagen zwei Persönlichkeiten hat, die eine offizielle, wo er ex cathedra spricht und meistens die Ansicht des Kabinetts nach vorhergehender Beratung vertritt und die zweite, die eben in diesen öffentlichen Reden hervortritt, wo er sich häufig recht große Abweichungen von der orthodoxen Regierungspolitik leisten kann. Bei uns ist diese Auffassung noch nicht durchgedrungen.

Wenn ich zu den Bemerkungen des Grafen Westarp übergehen kann, so steht er abweichend von der Mehrzahl der Redner, die hier zu Worte gekommen sind, dem Verlauf und den Methoden der Verhandlungen in Brest-Litowsk ausgesprochen kritisch gegenüber. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so ist eigentlich der Kon, in dem er am stärksten differenziert, der, daß die Delegation sich nicht auf den Standpunkt der Annexionen gestellt hat. Wie ich gestern sehr ausführlich dargelegt habe, ist eine solche Stellungnahme für die gegenwärtige Reichsregierung nach ihren ganzen Verhältnissen, nach ihrer ganzen Vergangenheit von vornherein unmöglich. Der Weg, den wir beschritten haben, ist

wohl erwogen und der einzige Weg, auf dem vollkommen reiflos und harmonisch die gesamten Grundzüge der Regierung in Einklang zu bringen waren.

Der Herr Abgeordnete Frhr. v. Camp stellte die Frage, ob denn vor Beginn der Friedensverhandlungen die Friedensbedingungen nach dem Osten auch mit der Obersten Heeresleitung besprochen wurden. Ich kann die Versicherung abgeben, daß die Gestaltung unserer Ziele nach dem Osten selbstverständlich bei dem sehr häufigen Austausch der Meinungen zwischen der politischen Leitung und der Obersten Heeresleitung stets und besonders vor Beginn der Verhandlungen den Gegenstand sehr eingehender Erwägungen gebildet haben.

Wenn ich zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Ledebour übergehen kann, so hat er von der Stellung der ukrainischen Mada und der diplomatischen Stellung ihrer Abordnung in Brest-Litowsk ein Bild entworfen, das unrichtig ist. Er sprach von einer russischen Föderation und davon, daß infolge dieser Föderation die Abgeordneten der ukrainischen Mada nur sozusagen als Unterabteilung der Delegation der Bolschewisten in Petersburg auftreten können. Dies entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Republik der ukrainischen Mada in Kiew ist sowohl erkannt worden, als die Herren aber sahen, daß die Ukraine von den Bolschewisten als von uns als selbständige Republik an ihrer eigenen Wege gingen und national-ukrainische Ziele verfolgten, ist allerdings ein Umstand eingetreten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß sowohl Finnland wie die Ukraine genau in demselben Maße berechtigt sind zur freien diplomatischen Aktion nach außen wie irgend ein anderer Staat, und die logische Interpretation der gesamten von den Bolschewisten vertretenen Auffassung läßt meiner Ansicht nach eine abweichende Lesart nicht zu.

Der Herr Abgeordnete Sedda, der für die polnische Fraktion gesprochen hat, glaubte sich darüber verlassen zu sollen, daß zwar die Vertreter der Ukraine amtlich diplomatisch in Brest-Litowsk tätig gewesen seien, nicht aber die Vertreter der polnischen Nation. Die Vertretung der westlichen Randvölker in Brest-Litowsk ist wiederholt zum Gegenstand des Meinungswechsels zwischen uns und der russischen Delegation gemacht worden. Herr Trost meint eines Tages, warum diese Vertreter nicht erschienen seien. Als ich aber meines Orts mich auf den Standpunkt stellte, wir seien ohne weiteres bereit, die Vertretungsfrage in der entgegenkommendsten Weise zu behandeln, sobald er sich auf den Standpunkt stellte, wie es ganz logisch unausweichlich wäre, daß eben doch nur Vertreter bestehender Staatskörper zu den Verhandlungen zugelassen werden können, trat er einen eiligen und nicht sehr geordneten Rückzug an und hat es bisher auf ängstlichste vermieden, an die heisse Schüssel jemals wieder heranzukommen. Wenn ich übergehen darf zu der Rede, die der Abgeordnete David gehalten hat, so hat auch er eine mir im Original noch nicht vorliegende Klage des Herrn Trost über unsere Publikationen geltend gemacht. Unsere Publikationen werden unter erheblichen technischen Schwierigkeiten — denn es ist bei der Lage der Verhandlungen und bei der Schwierigkeit der Uebersetzung immer getraubend, einen authentischen Text scharfsichtig festzustellen — von den vier berühmtesten Delegationen zusammen ausgearbeitet. Es ist eine von den vielen Schwierigkeiten, die daraus hervorgeht, daß wir eben als Koalition verhandeln und selbstverständlich auch in den Veröffentlichungen vollkommen konform gehen müssen. Wir können also für die Einzelheiten der Veröffentlichungen nur einen Teil der Verantwortung tragen und es ist selbstverständlich, daß auch hierin eine gewisse Gleichmäßigkeit stattfinden muß. Ich muß auch sagen, daß die Herren, die in der Redaktion der „Mitteilungen“ betraut worden sind, so weit ich es habe kontrollieren können, mit der größten Unparteilichkeit verfahren sind. Daß wir uns nicht darauf einlassen können, alles, was die russische Delegation häufig in vollkommen zweifellosem Apparat zum Fenster hinaus redet, durch unsere amtlichen Apparate verbreiten zu lassen, das kann uns kein Mensch zumuten und kann auch kein Mensch von uns verlangen. Der Herr Abgeordnete David — und das möchte ich warm begrüßen, hatte darauf hingewiesen, daß der Vertretungsbesitzer in Litauen, der einzige Vertretungsbesitzer, für dessen Zusammenfassung wir sozusagen voll verantwortlich sind, wirklich verständlich und ehrlich zusammengefaßt worden ist, sodaß eine Vertretung des litauischen Volkes in seinen Schichten und Strömungen nach Möglichkeit erstrebt worden ist. Meine Herren, der Schluß, den ich daraus ziehen möchte, ist der, daß Sie Vertrauen zu uns haben sollen, daß da, wo wir weiter arbeiten, es auf den Grundlagen geschieht, die für die Zusammenfassung maßgebend gewesen sind.

Der Herr Abgeordnete Naumann hat eine Menge interessanter Gesichtspunkte entworfen. Er hat mit einer Zartheit, die ich nicht zu teilen vermag, auf die Methode der Bolschewisten hingewiesen. Wir wollen die Sache beim Namen nennen. Trost hat mir gegenüber zweimal in der Diskussion kundgegeben, unsere Regierung habe keine anderen Argumente wie die Macht. Die Bolschewisten stützen sich einfach auf die brutale Macht. Ihre Argumente sind Kanonen und Maschinengewehre. Und wenn der Herr Abg. Naumann von einer Art Verbodung der persönlichen Ehrentätigkeit gesprochen hat, so möchte ich ihm mit Wilhelm Buch antworten: „Denn seinem Dasein als Subjekt wird alsbald ein Ziel gesetzt.“ (Weiterkeit.) Also: Meinungsverschiedenheiten werden durch Ausschöpfung des Gegners in rationaler und befriedigender Weise beigelegt. Die Bolschewisten predigen sehr schön, aber praktisch sieht es anders aus. Sie haben die finnische Volkrepublik feierlich anerkannt, sie haben die Freiheit dieser Volkrepublik, die russische Verfassung zu empfangen, r' ma's in Frage gestellt, aber wenn es auf sie praktisch ankommt, Vertreter hinzuschicken, machen sie die größten Schwierigkeiten, und wenn den Herren Berichte aus Finnland zur Verfügung stehen, werden sie wissen, daß die Soldateska eine Gewalt Herrschaft dort ausübt, wie sie schlimmer in den schlimmsten Zeiten des Zarenismus nicht gewesen ist. Wenn ich auf das Vorgehen der Herren Bolschewisten gegenüber der mit so großem Pomp angeforderten geschehenden Vertretung verweisen darf, so war die hauptsächlichste Vorbereitung die, daß zwei Kreuzer sich vor das Zarenische Palais legten und ihre Kanonen mit scharfer Munition auf die Fenster dieses Palais richteten. Als dieses Argument auch nicht ausschlaggebend genug war, wurden die Herren einfach mit Bajonetten nach Hause gejagt. (Hört, hört!)

Der Herr Abg. Naumann ist auf den Ausdruck „austro-polnische Lösung“ zurückgekommen. Die Frage ist außerordentlich schwerwiegend und das zeigt sich auch daran, daß die Vorbereitungen, die seit Monaten im Gange sind und die sowohl von Österreich-Ungarn als auch von uns mit allem Eifer gefördert werden, noch nicht zu irgend einem „mitteilungsreifen“ Zustand gelangt sind. Was Graf Czernin von Polen gesagt hat, das können wir auch ruhig von den anderen Randvölkern sagen, die den Gegenstand der Debatte bilden werden. Wir haben genau dasselbe Vertrauen zu der Ansehenskraft des freien großen deutschen

Staates auf die Völker, und die deutsche Politik wird unter keinen Umständen zu kleinlichem Polizeigedruck oder irgendwelcher dergleichen Mitteln greifen, die auf die Dauer meiner Ueberzeugung nach nur das Gegenteil dessen bewirken könnten, was wir beabsichtigen wollen, nämlich ein freies, aufrichtiges und freundschaftliches Verhältnis zwischen uns und der Randvölkern. Daraus begrüßen möchte ich, was der Herr Abg. Naumann über die Beziehungen zu unseren Bundesgenossen, den Türken und Bulgaren gesagt hat. Diese Völker sind in schweren entscheidenden Stunden, vertrauensvoll auf den Stern des deutschen Reiches an unsere Seite getreten und sie sollen in keiner Stunde der Friedensverhandlungen den Eindruck bekommen, daß das deutsche Wort nicht für jeden Deutschen bindend ist bis zum Ende.

Der Herr Abg. Naumann hat ein Flugblatt vorgelesen, welches in vielen Beziehungen interessante Ausblicke gewährt. Wenn diese Flugblatt die Ansicht der unabhängigen Sozialdemokratie widerspiegeln sollte und wenn diese mit denen der Bolschewisten sich in so vollkommener Uebereinstimmung befinden, wie wir damals von der äußersten Linken gehört haben, so möchte ich allerdings an den Abg. David die Frage richten, ob er denn über die unbedingte Sicherheit des Trost'schen Friedenswillens noch ebenso bestimmt und optimistisch denkt, wie er das heute stich zum Ausdruck gebracht hat. Ich möchte, wie ich das gestern geäußert habe, diesen Friedenswillen nicht leugnen, ich bin gar nicht überzeugt, ob Herr Trost selbst eine absolut sichere Linie schon gezogen hat. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß bezügliche Äußerungen — und ich kann es ruhig sagen, es sind mir auch bezügliche Äußerungen von russischen, moralisch-ethischer Seite mehr als eine Begegnung — doch immerhin die Möglichkeit erkennen lassen, daß bei diesen Herren noch eine andere Politik getrieben wird, als die des offenen und ehrlichen Friedensschlusses, mit dem nur einmal wie die Sünde und das Gift verhaßten „Bourgeoisie-Regierungen“ der Zentralmächte.

Eines kann ich sagen, daß ich nach dieser Debatte, die in weitestem Umfange für uns Klarheit gebracht hat, mit vermehrter Ruhe und Sicherheit hinausgehe, um die schwierigen Verhandlungen, die noch bestehen, fortzusetzen. Sie können sich darauf verlassen, meine Herren, daß der ernste Friedenswille der obersten Kreise der deutschen Regierung ist und uns dazu bewegen wird, auch weiter mit der größten Sachlichkeit und Geduld jeden Weg zu gehen, der zu einem vernünftigen und ehrenvollen Frieden führen kann. Ich darf es mit Dankbarkeit anerkennen, daß die Debatte hier uns in dieser Beziehung eine breitere Basis gegeben hat, als dies vorher der Fall gewesen ist. (Schluß folgt.)

### So ist die „Vaterlands“partei.

Von Hermann Wendel, M. d. R.  
In Frankfurt fing es an und in Berlin setzte es sich fort. Hier schiederte der Redner der Vaterlandspartei, Graf Westphal, einem der zwischenrufenden Kriegskruppel ein verächtliches „Timpel!“ entgegen, und in Berlin erging es einer Anzahl Kriegsbefähigter in einer Verammlung der Vaterlandspartei noch weit übler. Weil sie die Beleidigungen durch einen alldeutschen Landerschlager nicht stumm hinnehmen wollten, wurden sie durch ein „Lionneffener“ von Faustbüchern „aus dem Saal gewirbelt“ — so heißt es wortwörtlich in dem Triumpfparsell der „Deutschen Zeitung“ über diesen glorreichen Sieg. Ja, es sind echt germanische Kern- und Kraftnaturen, diese alldeutschen Reden, und ihr Latendrang ist so ungeheuerlich wie ihr Appetit. Zwar draußen in den Schützengräben — nein! Das überläßt man lieber andern, aber im gutgeheizten Versammlungssaal, nach einem stückenden Abendessen, und wenn sie sich in der Ueberzahl wissen und noch dazu gegen Kriegskruppel, da reißt sie der vielerbärmte Furor tonitruus zu stürmischen Gelentaten hin. Mit Gott für König und Vaterland! Und ein Kriegsgewinner schlägt einen armen Teufel zu Boden, der sein rechtes Bein vor Verdum lieh, und sich mit einem Holzfuß fortbewegt. Deutschland, Deutschland über alles! Und ein dafekend Unabkömmlicher paßt mit gelundenen Füßchen auf einen Wehrloos ein, dem die Winterkälte in Mäuren den Arm gelöst hat. Und seine Damen, die dabei die Samstagskammer wohlgefüllt haben, wandeln sich in Brühbüden, und schlagen mit Schirmen auf Männer los, die ihr Blut auch für ihr jattes Drohnbein verbrüht haben.

Einer dieser Ebelmenigen hatte die Dreifigkeit, in die Verammlung zu schreien: „Meist ihnen doch das Eiserne Kreuz aus dem Knopfloch!“ Statt dessen ist es höchste Zeit, der Vaterlandspartei ihre falsche Prama herunterzureißen. Unter den Anhängern dieser Partei gibt es viele harmlose Wälfäuser, kleine Leute, brave Leute, denen es schmeichelt, mit einer Durchlaucht oder einer Excellenz zusammen im selben Verein zu sitzen und womöglich in der Zeitung genannt zu werden; von ihnen gilt das Bibelwort: „Geh, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Auch manche Reudste der Wissenschaft legt ihnen Namen unter einen Aufwurf der Vaterlandspartei, ohne eine Ahnung davon zu haben, wofür er seine Unterschrift hergibt. Aber der Kern der Partei, ihre eigentlichen Treiber und Drahtzieher, sind eine reaktionäre Gesellschaft und mit dem Vaterland hat das ganz gewiß nichts zu tun! Denn alle diese stehen nicht auf dem Boden des zwanzigsten, kaum des neunzehnten, sondern des achtzehnten Jahrhunderts und wühlten in ihren Träumen jene Zeit zurück, da der Deutsche noch kein Vaterland, sondern einen Landesvater hatte, der ihn despotisch mit dem Krüddel regierte. Vaterland aber ist urprünglich ein revolutionärer Begriff und eine revolutionäre Erzeugnis, denn der Absolutismus betrachtete Land und Leute als Besitztum des Fürsten, und dem französischen Sonnenkönig nachstehend, konnte sich Schillers grauwämmer Schänder, der Herzog Karl Eugen von Württemberg, brüsten: „Das Vaterland bin ich!“ Unbestreitbar, daß die westlichen Völker, gegen die wir heute im Krieg liegen, früher als die Deutschen durch die Erhebung ihrer bürgerlichen Klassen dazu kamen, ein Vaterland mit allen Sinnen zu umfassen. Den Deutschen wurde der Vaterlandsbegriff in den Vetreitungsriegen 1813 bis 1815 geformt, um freilich in der Reaktionszeit democh wieder verent und verdächtig zu werden. Die Vaterlandspartei aber ist ein Gemmis der Entwürdigung. Die Gewalt nach außen wollen, wollen auch Gewalt nach innen! Zu ihren Kriegsziele gehört nicht nur die landliche Rüste, sondern auch das ungleiche Wahlrecht in Preußen.

Aber uns ist nicht bange! Wenn es zum Entscheidungskampf kommt, dann stehen bei der Fahne derer, die unüberbrüchlich vorwärts wollen, nicht nur eine Sandvoll hilfloser Kriegskruppel, sondern auch die Millionen, die mit gedunden Gliedern und kräftigen Füßchen aus den Schützengräben heimgekehrt sind. Und mit dem „Sinausdrübeln“, so will uns bekümmern, dürfte es dann doch ein wenig anders kommen, als in der Berliner Verammlung der sogenannten Vaterlandspartei.

Nie  
Ueber  
in der  
Wem  
Zuerst  
aller  
verteile  
ihren  
zur  
zu lassen  
noch so  
an einze  
nach der  
Che  
seine  
Gegente  
predigend  
K e p e  
m e i  
t r o g  
das eben  
die über  
guten  
Bord  
Sinnlos  
Gegenwä  
nicht auf  
ins Ge  
Jugend!  
den mach  
Aber  
sich, d  
Unterneh  
del beid  
bisher in  
stellte  
dient wir  
mit wels  
gezogen  
„Borgeh  
auch hier  
frum m  
Der G  
salle als  
Schmier  
und Gew  
schaftsle  
ten in  
w a r d e  
Vierung  
Ein P  
Die b  
daß beide  
daß der K  
Waffen g  
kurze Zei  
gelebe zu  
Sendung  
knappen  
Das i  
tentu m  
wenn P  
jend un  
Ziel fo  
here itre  
aufzuhebe  
sichtigung  
den; die  
früher.  
der P  
ausdrück  
allen nich  
Nackel an  
scheidung  
feinen  
verjäh  
nehmer,  
hoffe frei  
söhnend  
beracht ist  
mit denen  
Das  
sehr we  
wir in  
haben st  
legena  
fette M  
unten gar  
und das  
tums jed  
sicherheit  
— die M  
Leben un  
Wir b  
Boithoff  
Niederger  
die Genol  
Rechtshel  
mehe Spi  
rückhaltlo  
Preße heu  
len sich ja  
süßigt. W  
kürzliche  
berhandelt  
in Mainz  
voll verlic  
über beric  
Leute nich  
und ander

### Niedergang der Wirtschaftsmoral.

Über dieses erbauende Thema schreibt Heinz Potthoff in der „Sonne“ einen Artikel. Wir zitieren daraus: Wenn Müllungsbetriebe und andere Herestellen, Zuckerfabriken, Brauereien, Nahrungsmittelunternehmungen aller Art Gewinne von 20 v. H., 30 v. H., 50 v. H. und mehr verteilen, wenn sie ihr Kapital verdoppeln und verdreifachen, ihren Besitz abschreiben, ihren Aktionären neue Aktien ichten, nur um nicht die Dividende noch über solche Höhe hinausgehen zu lassen, so ist das Kriegswunder, auch wenn die Lieferungen noch so reell, notwendig und verdienstlich waren, auch wenn ein einzelner Geschäft nicht mehr verdient wurde, als der nach der Bundesratsverordnung zulässige Satz.

Es war das nicht ins allgemeine Bewußtsein gebracht, ist keine Minderung möglich. Gehe allein machen es nicht. Im Gegenteil hat die Ueberfülle von sich überhebenden, sich widerlegenden Vorrichtungen die unheilvolle Folge gehabt, daß der Respekt vor dem Gejeze ins Wanken gekommen ist. Die Grundzüge der Wirtschaftsordnung erkennen ich trotz aller Fehler als notwendig und richtig an. Aber da man das ebenio notwendige Sozialmoralische veräußert hat, stoßen sie überall auf Widerstand, aktiven und passiven. Da es an guten Willen zur Beachtung des Gebotenen fehlt, werden die Vorrichtungen immer länger, minutiöser, strenger — bis sie ins Einzelne geteilt sind, weil niemand sie mehr einhalten kann. Gegenwärtig gibt es keinen Strafmündigen in Deutschland, der nicht auf Grund von Verstoßen gegen Kriegsverordnungen ins Gefängnis gebracht werden könnte! Was ist das für ein Zustand! Das muß noch auf Jahrzehnte hinaus in den Frieden nachwirken.

Aber das Uebel frist weiter. Der Geist der Gewinnjucht, der das eigene Interesse rücksichtslos vor dem Gemeinwohl zur Geltung kommen läßt, bleibt durchaus nicht auf die Unternehmer in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel beschränkt, sondern ergreift auch die anderen Kreise, die bisher nicht so „kapitalistisch“ zu denken pflegten. Die Angestellten und Arbeiter leben, was mit ihrer Arbeit verdient wird. Sie sehen auch, wie die Kriegsgewinne gemacht, mit welchen Mitteln dem Reiche die Millionen aus der Tasche gezogen werden — und sie folgen teilweise dem Beispiele ihrer „Vorgesetzten“. Nicht nur mit Behinderungen, sondern, was auch hier das Schlimmere ist, auch mit Benutzung von Krummen Wegen.

Der Hauptweg ist die Bestechung; mag sie im Einzelnen als harmloses Trinkgeld oder als im Frieden strafbares Schmiergeld, als Einzelvergütung oder als dauernde Provision und Gewinnbeteiligung auftreten. In weiten Teilen des Wirtschaftslebens ist auch diese Bestechung von Angestellten längst zur erkannten Verkehrsmittel geworden, ohne deren Befolgung weder ein Auftrag, noch eine Lieferung zu erlangen ist.

Ein zweiter Weg ist die Unterschlagung und der Diebstahl. Ich möchte nicht so weit gehen, zu behaupten, daß beide auch schon als Verkehrsmittel anerkannt sind. Aber daß der Respekt vor dem Eigentum anderer ganz bedenklich ins Wanken gekommen ist, sieht jeder. Es braucht nur ein Wogen kurze Zeit unversichert auf der Straße oder dem Eisenbahngeleise zu stehen, so ist er sicher halb ausgeraubt. Namentlich Sendungen von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und ähnlichem knappen Lebensbedarf gelten als vogelfrei.

Das schlimmste ist, daß beide „Missetaten“ auf das Beamtentum übergriffen haben. Wer wundert sich noch, wenn Postsendungen „verloren gehen“ und Bahnsendungen nur mit einem halben Inhalt aus Ziel kommen? Der Krieg hat ja dazu genötigt, die frühere strenge Scheidung zwischen Regierenden und Regierten aufzuheben. Zahllose Privatpersonen sind nach einfacher „Verpflichtung“ mit Aufgaben öffentlicher Verwaltung betraut worden; die Beamten stecken viel mehr in Wirtschaftsdingen als früher. Diese Verquickung hat einen Niedergang auch der Beamtenmoral gezeigt. Wieder möchte ich ausdrücklich betonen, daß ich nicht verallgemeinern und vor allem nicht etwa der Masse der berufsmäßigen Beamten einen Mangel anheften will. Das Ausschlagsverhältnis hat der Verquickung der Kriegskontingente nicht nachgeben können. Und es hat keinen Zweck, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen. Solche Tatsache aber ist, daß der Unternehmer, der einen Auftrag von einer Behörde will, der Rohstoffe freigegeben, Brennstoffe geliefert braucht, dessen Eisenbahnverbindung eilig ist, der eine Rechnung bald anerkannt und bezahlt sehen möchte, gut tut, einige blaue Lappen einzustechen, mit denen er den Eifer der zuständigen Organe anspornt.

Das beschränkt sich — leider — nicht nur auf untergeordnete Stellen, sondern geht teilweise sehr weit nach oben, in Kreise, auf deren Unantastbarkeit wir in Deutschland bisher mit Recht stolz waren. Auch hier haben sich neue Gewohnheiten gebildet, die mit sogenannten russischen Zuständen verzwiefelte Ähnlichkeiten haben. Ja, das Uebel könnte unten gar nicht so wuchern, wenn nicht oben geübt würde und das Gefühl für die guten alten Traditionen des Beamtenums schwände. Die Hauptformen der neuen Verdienstmöglichkeiten sind hier — neben Verborgung mit Lebensmitteln usw. — die Aussicht auf eine gutbezahlte Stelle im gewerblichen Leben und die stille Beteiligung am Geschäftsgewinn.

Wir brechen ab. Wer könnte nicht dem allgemeinen Bild Potthoffs noch Notizbüchlein begeben! Vielleicht wäre der Niedergang der Moral nicht so weit gediehen und es hätten sich die Gewohnheiten, die mit russischen Zuständen verzwiefelte Ähnlichkeit haben, nicht so herausgebildet, wenn der Kritik mehr Spielraum gelassen, wenn die Presse über dies und jenes zurückhaltender berichtet hätte. Aber durch die Art, wie die Presse heute in ihrer Berichterstattung bevorzugen wird, schließen sich ja gewisse Leute in ihrem Treiben gewissermaßen geistig ab. Was ist das für ein Zustand, wenn über gewisse militärische Angelegenheiten unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wird, wenn in einer Sache, wie der Affäre Philippin in Mainz die Namen der Schieber und Betrüger schonungslos veröffentlicht werden und man der Presse vorwirft, was sie darüber berichten darf. Worum stellt man diese und andere Leute nicht ebenso an den Pranger, wie die kleinen Missetäter und andere Sünder gegen die Kriegsgejeze? Warum darf die

Welt nicht erfahren, daß auch unsere Soldaten — Gemeine wie Chargierte — nicht lauter Ehrentitel sind? Je mehr man die freie Politik unterbindet, um so mehr wird man all dem Vorjuden leisten, was Potthoff beklagt.

### Aus der Partei. Sozialdemokratische Partei Badens.

**1. Cultung.**  
Zur Förderung des Verständigungsfriedens wurden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachstehende freiwillige Geldbeiträge überwiesen:  
Mannheim: Ungenannt 1000 Mk., Ungenannt 500 Mk., Ungenannt 5 Mk., Grund 2 Mk., Wöhrle 1 Mk., A. Berneder 6 Mk., Rosbauer 3 Mk., Göttele 3 Mk., Reib 1 Mk., Ungenannt 2 Mk., Pösch 3 Mk., J. B. 50 Mk., S. D. 50 Mk., Ungenannt 3 Mk., W. D. 5 Mk., Frau A. L. 5 Mk., Frau M. Sch. 3 Mk., Frau W. J. 3 Mk., J. G. 3 Mk., E. 2 Mk., S. B. 1 Mk., W. Schöp 1 Mk., J. 5 Mk., F. Sch. 20 Mk., Otto Bühler 10 Mk., Piomer der Pfalzgrafen 5 Mk., Karl Groß 10 Mk. Aus dem Felde: Pfing 1 Mk., zusammen 1837 Mk.

Weitere Beiträge nehmen entgegen:  
das sozialdemokratische Landessekretariat, Adresse Karl Gahn, Mannheim, R. 3, 14, II,  
die Expedition der „Vollstimme“, Mannheim, R. 3, 14, pt.,  
die Expedition des „Vollstreub“, Karlsruhe, Luisenstr. 24,  
die Expedition der „Freien Presse“, Pforzheim, Klostermühlstraße,  
die Expedition der „Vollwacht“, Freiburg, Predigerstr. 3.  
Mannheim, 24. Januar 1918.  
Für den Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens: Karl Gahn, R. 3, 14, II.

### Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Eisenbahnerverband in der Entwicklung. Generalsekretär Oswald Kiebel vom nationalen Verband der Eisenbahner und Arbeiter veröffentlichte in der „Vollstimmigen Zeitung“ unlängst einen Artikel, in dem er der Vermutung Ausdruck gibt, daß die nationalen Verbände zwischen den freien Gewerkschaften und den christlichen Organisationen wie zwischen zwei Mühlsteinen gemahlen würden. Darin läge die Schwäche der nationalen „unpolitischen“ Staatsarbeiterorganisationen.

Die Befürchtung des Herrn Kiebel ist nicht unbegründet. Die freien Gewerkschaften haben im verflochtenen Jahre trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten in der Agitation einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Von besonderer Wichtigkeit aber ist: auch die Staatsarbeiter strömen in immer größerer Masse der freien gewerkschaftlichen Organisation zu. Der Deutsche Eisenbahner-Verband, der im Juli 1916 gegründet, seine Vertikalgliederung aber erst nach Aufhebung der Verbote im März 1917 beginnen konnte, hat in den drei bis vier Jahren eine großartige Entwicklung zu verzeichnen. Trotz aller Anfeindungen und unläuteren gehässigen Machenschaften seiner „nationalen“ Gegner ist der Deutsche Eisenbahner-Verband bereits zur zweitstärksten Organisation der deutschen Eisenbahner geworden und aller Voraussicht nach wird er in einiger Zeit den bisher stärksten Verband der Eisenbahner und Arbeiter (Trier-Verliner-Verband) überflügeln haben.

Zurzeit halten die Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes ihre Mitgliederversammlungen ab, in denen die detaillierten Zeitungen Bericht erstatten und die Verhandlungen vollzogen werden. Soweit wie die Berichte bisher verfolgen konnten, gewahren sie ein Bild erfreulichen Fortschrittes und hoffnungsvoller Begeisterung der Eisenbahner. In diesen Tagen fand in Berlin eine Versammlung der Mitglieder aller hier bestehenden Ortsgruppen des Verbandes statt. Nach dem erstatteten Bericht hat die Mitgliederzahl bereits 3000 weit überschritten. Es wurde Zusammenschluß der Ortsgruppen zu einheitlicher Verwaltung die Erhebung eines Ortsgruppenbeitrages von 5 Pf. pro Woche zum Verbandsbeitrag und der Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen.

Bessere Fortschritte noch als in Berlin sind an manchen anderen Orten zu verzeichnen. Die Ortsgruppe Hannover zählte am Ende Dezember 1917 bereits 3239 Mitglieder. Auch die Ortsgruppen Breslau und Hamburg-Altona haben die Mitgliederzahl von 3000 erreicht. Bremen, Frankfurt a. M., Darmstadt, Saarbrücken hatten in den letzten Wochen ganz gewaltige Mitgliederzunahmen. Im Bezirke Magdeburg in Schleswig-Vollstein, im Stettiner Bezirk und im Osten des Reiches, in den Direktionsbezirken Bromberg und Königsberg macht der Verband ebenso günstige Fortschritte. In der letzten Zeit wurden auch in den Direktionsbezirken Cöln, Elberfeld und Essen eine Anzahl neuer Ortsgruppen errichtet. Die aus einzelnen Orten bekannt gewordenen Mitgliederzahlen beweisen, wie die Bewegung bereits Raum gewonnen hat. Es waren Mitglieder am Jahresabschluss vorhanden in Hamburg über 1000, in Königsberg 980, Remscheid 1000, Stargard 750, Schneidemühl 1300, Stendal 900, Wittenberg 850, Saarbrücken über 1300.

Aber nicht nur in Preußen, auch in anderen Bundesstaaten haben die Eisenbahner die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisationen erkannt. Sehr gute Fortschritte sind in Sachsen gemacht worden, wo die Zahl der Mitglieder bereits 10000 überschritten haben dürfte und in Oldenburg, wo auch die Beamten in erheblicher Anzahl zum Deutschen Eisenbahner-Verband übergetreten sind. Das Vereinsleben ist überall sehr reger. Die Beiträge werden pünktlich gezahlt, der Versammlungsbesuch ist stets ein guter und in den Arbeiterkreisen und Nahrungsmittelanstalten macht sich der Einfluß der Organisation vortrefflich bemerkbar. — Die finanziellen Verhältnisse des Verbandes sind ebenfalls sehr günstige.

### Die Ukraine.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen unserer Zeit ist, daß in West-Rußland eine ihrem ganzen Wesen nach revolutionäre Regierung wie die deutsche namens einer Gruppe, zu der die ältesten Monarchisten gehören, mit der revolutionärsten und sozialistischsten Regierung verhandelt, die es jemals gegeben hat: mit der der Bolschewiki. Noch merkwürdiger vielleicht ist aber der Abschluß der Verhandlungen mit der Ukraine. Dieses neue republikanische Gebilde stellt ein Land vor, über dessen Umfang, Grenzen, Organisationen und Staatsform man nichts Gewisses weiß. Wir glauben, daß über alle diese Voraussetzungen der selbständigen Ukraine sogar die Nachhaber in Kiew nichts Bestimmtes aussagen können.

Die Ukrainer oder Kleinrussen haben eine selbständige Sprache und eine freilich mehr in Ostgalizien als in der Ukraine gepflegte selbständige Literatur. Das Verhältnis der großrussischen zur kleinrussischen Sprache veranschaulicht man am besten mit dem Vergleich des Hochdeutschen und Niederländischen, zu dem das Nämliche gehört. Freilich hat die Zarenregierung die kleinrussische Sprache und Literatur rücksichtslos unterdrückt und in Schule und Kirche den Ukrainern das Großrussische aufzwingen wollen. Aber dazu war des Zarentums nicht stark genug, wie ja auch die Germanisationsstrebungen in Oesterreich und Preußen vollständig vergeblich waren. Es fehlte zudem an genügenden finanziellen Unterlagen über die Verbreitung des Kleinrussentums im Zarenreiche. Wo eine solche Statistik fehlt, wachsen natürlich die nationalen Ansprüche ins Ungemessene. Es gibt Karten, nach denen die Ukraine das ganze südliche Rußland, sämtliche Häfen des Schwarzen und Kaspiischen Meeres, also selbst das Kaukasusgebiet umfassen soll, damit größer als Oesterreich-Ungarn wäre. Wie sie den Kaukasus erfassen wollen, so im Norden das auch von den Polen beanspruchte Gouvernement Cholm; ferner das von den Rumänen beanspruchte Bessarabien, sowie Ostgalizien mit Lemberg und einen Teil der Bukowina.

Diese ukrainischen Räume werden nicht in den Himmel wachsen. Es wird kein Reich von 60 Millionen Einwohnern werden. Alles ist noch in Fluß, und die Karta steht nicht auf festen Füßen. Haben doch die Sozialen eine Donrepublik gegen sie ausgerufen und ist das der Kaukasus alles eher als ukrainisch. Oesterreichsches Gebiet für die künftige Ukraine zu beanspruchen, wird eine vergeblicher Wunsch sein.

Niel wahrer einklicher als alle die Selbstständigkeitsbestrebungen ist die Eingliederung der Ukraine in die künftigen Vereinigten Staaten in Ost-Europa. Ein solches Gebiet wie das Zarenreich es war, hat ja zahlreiche wirtschaftliche Zusammenhänge, seine Teile sind so stark aufeinander angewiesen, daß es allen Interessen widersprechen würde, wenn die Ukraine sich vollständig loslösen würde vom russischen Staatskörper. Die großindustriellen Entwicklungsmöglichkeiten des Donbeckens können nur verwirklicht werden durch die Konsumkraft des nördlichen Rußlands und Sibiriens; die zum Teil glänzende Entwicklung der Häfen am Schwarzen Meere würde leiden, wenn ein großes wirtschaftliches Hinterland ihnen verloren ginge.

Es ist ebenso das Interesse Moskaus und Petersburgs wie Kiens und Odessas, daß sich nicht der Süden Rußlands vom Norden trennt. Was heute in der Revolution gärt und brodelt, das sind nichts anderes als Erscheinungen der gewaltigen Staatskrise, die Ost-Europa aufs tiefste erschüttert. Diese Krise hat noch nichts Vollständiges geschaffen und zeigt natürlich heute nur Uebergangsstadien, die viele Hoffnungen erwecken, uns aber die fatalen Gebilde der Zukunft kaum in ihren Umrißen erraten lassen.

### Deutsches Reich.

#### Die Pflicht der Regierung.

Die „Post“ belehrt die Regierung in einem längeren Artikel, der ganz an die politisch glorreichen Zeiten der Arbeit des Reichsverbandes gemahnt, an ihre Pflicht. Die Tatsache, daß sich weite Kreise des deutschen Volkes, vor allem natürlich die Arbeiter, das gemeingefährliche Treiben der Kriegsverlängerer in der sogenannten Vaterlandspartei nicht gefallen lassen oder daß sie wenigstens nicht dafür bluten wollen, veranlaßt das Blatt zu diesem Ratschrei:

„Bis hierher und nicht weiter. Von Tag zu Tag mehren sich die Nachrichten aus dem Reiche, daß Versammlungen der Deutschen Vaterlandspartei von den Anhängern des Scheidemannschen Verzichtsfriedens gesprengt werden. Allerdings wehren sich die Sozialdemokraten Scheidemannscher Oberbank dagegen, mit den Sprengkolonnen etwas zu tun zu haben und schieben alles auf die Unabhängigen ab. Aber der Geist ist der gleiche haben wie drüben. Wer die Drohungen gelesen hat, die sich die Regierungsoffizialen jetzt gegenüber der Reichsleitung gestattet, ist sich klar darüber, daß der ganze Unterschied zwischen den roten Brüdern nur darin besteht, daß die einen vielleicht noch etwas zuwarten wollen, während die anderen schon in die Aktion eingetreten sind. Aber zur Gasse und zum Cassentan strebt alles. Das kann nicht so weiter gehen! Die Regierung muß Schritte tun, um das weitere Umsichgreifen derartiger Ausritte zu verhüten.“

Wir glauben allerdings, daß sich die Regierung zum Mindesten für die Versammlungen der Kriegsverweigerer für zu gut hält. Nach allem, was man erlebt hat, ist es aber am Ende doch nicht überflüssig, die Regierung und die benachbarten „Stellen“ dringend zu warnen, sich danach nur den Anzeichen zu geben, als sei sie gesonnen, dieser Auffassung zu folgen!

#### Wie man uns informiert.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die sozialdemokratische „Münchener Post“:

„Die Berichterstattung des Wolffschen Bureaus über die Verhältnisse unserer Verbündeten spottet jeder Beschreibung. Ueber die wichtigsten Vorgänge in Oesterreich-Ungarn oder dem Balkan werden wir gar nicht oder ganz ungenügend unterrichtet. So geht z. B. seit Ende Dezember das amtliche Telegramm des Agence Bulgare von dem Abschluß des russisch-bulgarischen Sonderfriedens durch die ganze neutrale Presse. Die „Münchener Post“ druckte dieses Telegramm am 2. Januar ab, und unsere Lesere waren damals höchlichst erstaunt, daß Wolff dieses Telegramm nicht schon längst verbreitet hatte. Das Telegramm hatte folgenden Inhalt:

„Ministerpräsident Radostanow verlas in der Kammer folgende Depesche: Die russische Delegation machte am 27. Dezember den Vertretern der Mittelmächte folgende Vorschläge: 1. Der Krieg zwischen Bulgarien und Rußland ist beendet. 2. Der status quo ante bellum (g. h. die Handelsverträge, die Konfular, und andere Konventionen) wird wiederhergestellt. 3. Bezüglich der Donaufrage wird morgen in einer Vollversammlung aller Delegationen beschlossen werden, daß Bulgarien einen Vertreter in der Donaufkommision erhalten solle. Wir haben diese sämtlichen wichtigen Prinzipien aufgenommen und uns gegenseitig beglückwünscht.“

Dieser erste Friede ist übrigens nach der Rede des bulgarischen Ministerpräsidenten Radostanow im Einverständnis mit den verbündeten Mächten abgeschlossen worden.  
Wie uns St. Dimitroff im Bund mitteilt, rief der Abschluß des bulgarischen Separatfriedens große Genugtuung hervor. Sämtliche Abgeordneten telegraphierten an ihre Wahlkreise und teilten die frohe Botschaft mit. Die Regierung ihrerseits hat sie ebenfalls durch die Kreis- und Bezirksbehörden dem Volke kundgegeben. Daß diese Nachricht im Volke große Befriedigung und Freude hervor-

vorrufen, braucht kaum besonders erwähnt zu werden. Die Regierung hat sofort einen bevollmächtigten Minister in Petersburg sowie einen Generalkonsul in Odessa ernannt und die Schiffsahrt zwischen Odessa und den bulgarischen Küsten eröffnet.

Wann wird sich endlich Wolff über das so wichtige bulgarische Sonderfriedenstelegramm verbreiten? Wann wird uns amtlich dargelegt werden, wie sich Bulgarien zu Deutschland und Österreich-Ungarn bei der Verfertigung deutsch-österreichischer Ansprüche stellen wird. Dem russisch-bulgarischen Sonderfrieden wird in Bulgarien eine große Bedeutung zugewiesen. Durch diesen Frieden hat, wie St. Dimitroff im Wiener „Wund“, hervorhebt, die russische Demokratie auf Eroberungspläne auf dem Balkan verzichtet!

### Baden.

**Ein Amnestie-Erlass des Großherzogs.** Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers hat der Großherzog von Baden die Begnadigungen von im Heeresdienst stehenden Personen angeordnet. Die Begnadigungen beziehen sich auf Personen, die vor dem 27. Januar 1918 die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer erlangt haben. Von dem Gnadenkreis werden auch die Strafen betroffen, welche von den auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand gebildeten außerordentlichen Kriegsgerichten verhängt wurden, soweit diese Gerichte an die Stelle badiischer Gerichte getreten sind. In dem Gnadenkreis sind ferner eingeschlossen Angehörige des badiischen Genarmee-Korps und die wegen nichtmilitärischer Straftaten militärgerichtlich verurteilten badiischen Staatsangehörigen.

**Verurteilung von Schülern.** Das bad. Unterrichtsministerium hat auch jetzt wieder gestattet, daß Schüler und Schülerinnen der Volksschule, die an Ostern zur Entlassung kommen, schon am 1. Februar vom Unterricht befreit werden können, wenn sie im landwirtschaftlichen, kaufmännischen oder gewerblichen Betrieb dringender benötigt werden. Weiterhin hat das Unterrichtsministerium wiederum die Verurteilung von Schülern der Volksschule gestattet, wenn diese im Geschäft ihrer Eltern oder zur Verhütung der Not in ihren Familien von diesen dringend benötigt werden. Bei dieser Verurteilung handelt es sich um Schüler oder Schülerinnen, welche die Volksschule acht Jahre mit Erfolg besucht haben und dem obersten achten Schuljahr angehören, das erforderliche Entlassungsalter aber noch nicht erreicht haben.

**Die Gefangenenfürsorge in Baden.** Innerhalb des Bezirks Karlsruhe ist im Januar d. J. eine die Angehörigen der Kriegs- und Zivilgefangenen angehende Forderung praktisch durchgeführt worden. Der Landesverein vom Roten Kreuz bezw. der Landesauskunft der bad. Gefangenenfürsorge, Freiburg i. B. Verbandsrat Nr. 16, hat mit Rücksicht auf die erfolgte militärische Einsetzung des Leiters des Nachrichtenbüros für das neutrale Ausland, Rudolph Kay in Karlsruhe, fortan wieder den Nationalen Frauenverein, Karlsruhe, Kronenstr. 24, für den Bezirk Karlsruhe auszuwählen, mit der Annahme der Geldsendungen und der Paketvermittlungen beauftragt. Auch die telegraphischen Aufträge zur Besorgung von Nachfragen werden nur durch den Nat. Frauenverein in Karlsruhe entgegengenommen. Außerhalb Karlsruhe und des Bezirks Karlsruhe wohnende Angehörige von Kriegs- und Zivilgefangenen werden sich an die zuständigen Orts- und Bezirksauskünfte vom Roten Kreuz, bezw. an den Landesauskunft der bad. Gefangenenfürsorge in Freiburg, Verbandsrat Nr. 24.

**Offenburg, 26. Jan. Todesfall.** Die Mutter des Genossen Reichstagsabgeordneten Oskar Ged in Mannheim und unseres Genossen Stadtrat Eugen Ged in Karlsruhe, Frau Karl Ged Witwe ist in der vergangenen Nacht verstorben. Die Dahingegangene war vor einigen Wochen von Offenburg nach Mannheim übergesiedelt und erkrankte vor wenigen Tagen. Frau Karl Ged hat ein Alter von 70 1/2 Jahren erreicht; ihr Gatte, unser alter Parteiveteran Karl Ged von Offenburg, ging ihr vor einigen Jahren im Tode voraus. — Der Tod hat hier einem arbeitsreichen Leben ein Ziel gesetzt. Frau Karl Ged war eine stille, ruhige Frau, die aber großen Anteil an allen politischen und besonders parteipolitischen Vorgängen nahm. Die Einäschung der Verstorbenen findet im Mannheimer Krematorium statt. Die Bestattung findet später in Offenburg statt.

**Wohnung.** 27. Jan. In Forst war die 14jährige Fabrikarbeiterin Theresie Löber die rättsüchtige Kind in die Wohnung. Die Mutter und ihre Mutter wurden festgenommen.

### Theater und Musik.

**Vortragsabend Lützmann.** Gleich als ob es schon der Abschiedsabend wäre, so häuften sich der Beifall und sammelten sich die Blumensträuße und Lorbeerkränze und Lorbeerblätter auf der Bühne des ausverkauften Museumskaales, als Herr Lützmann am Donnerstagabend alte und neue Dichtungen zum Vortrag brachte. Es ist nur schade, daß die verschiedenen Störungen infolge des Fliegeralarms den ungetrübten Genuß der Vortragskunst Lützmanns so sehr beeinträchtigt, die Nervosität des Publikums wirkte zu störend. Herr Lützmann hatte eine sorgfältige Auswahl in den zum Vortrag gebrachten Dichtungen getroffen, über Schiller und Goethe und Uhland und Heine führte er uns zu Lilientron, Münchhausen, um bei Sternberg, Geiger zu enden. Auch hier am Vortragsabend, wo der Künstler ohne das Mittel der bewegten Geste nur durch das gesprochene Wort wirkte, vermochte er denselben tiefen Eindruck zu wecken, den er von der Bühne aus zu erreichen versteht. Meisterlich beherrschte er das Wort, ob er nun die zarte lyrische Stimmung der Brentanoschen „Gottesmutter“ oder die Leidenschaft des Münchhausenschen „Was der Zigeuner sang“, widergab. Erst nach vier Driengängen entließ das Publikum den geschätzten Künstler. h. w.

**Lieder-Abend des deutschen Kriegsmännerchors Laon.** Der Unterschied in dem Besuch des Vortragsabends von Herrn Lützmann und diesem Lieder-Abend eines Soldatenchors von der Weisheit, zeigte uns am besten wieder, daß wir es hier in Karlsruhe mit einer ausgesprochenen Spießerstadt zu tun haben. Die einheimischen Götter werden verhöhnt und umjubelt, aber gegen das, was von „auswärts“ kommt, da zeigt sich die verschleierte Jugendscham des typischen Spießerbürgers. Besonders die Mitglieder der hiesigen Gesangsvereine vernichteten wir, sie hätten da von diesen 30 Soldaten auf dem Podium noch Vieles lernen können, denn diese 30 Mann können mit jedem hiesigen Männerchor erfolgreich die Konkurrenz aufnehmen. Noch selten haben wir es B. so tonrein, so tiefempfundener, so ausdrucksvoller Schuberts „Die Nacht“ wiederzugeben gehört, noch selten so frisch vorgetragen den „Jäger aus Kurpfalz“ von Orthograbner, es seien nur diese 2 Chöre

### Konferenz der Tabakarbeiter.

Im November hatte eine Konferenz der Vertreter des freien, des christlichen und des Hirsch-Duncker'schen Tabakarbeiterverbandes die Forderung an die Fabrikanten gerichtet, daß die bisher gewährten Zulagen auf 60 v. H. der Friedenslöhne zu erhöhen seien. Die Forderung wurde den Fabrikantenorganisationen sofort unterbreitet. Am 10. Januar 1918 fand nun wiederum eine Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände in Frankfurt a. M. statt, um zu den Beschlüssen der Fabrikantenorganisationen Stellung zu nehmen. Die Hauptsache auf dieser Konferenz war eine lebhafteste, allgemeine Verurteilung der Fabrikanten, daß es sowohl der Deutsche Tabakverein wie die übrigen Fabrikantenorganisationen nicht zu einer vollen Anerkennung der Arbeiterforderungen hätten kommen lassen, zumal eine größere Anzahl Fabrikanten heute 60 v. H. und mehr als Lohn- bezw. Teuerungszulage zahlten. Es sei auch angesichts der hohen Fabrikatpreise heute sehr wohl möglich, eine solche Erhöhung des Lohnes vorzunehmen. Wenn jene Fabrikanten, die starke Heereslieferungen hätten, wegen der ihnen gewährten Preise die Zulagen nicht auf 60 v. H. erhöhen könnten, wie sie sagen, so müßten sie an geeigneter Stelle sich um höhere Preise bemühen, die Tabakarbeiter könnten darunter nicht leiden, zumal eine Erhöhung der Zulagen auf 60 v. H. angesichts der fürchterlichen Teuerung eine bescheidene Förderung sei. Sehr getadelt wurde der Beschluß verschiedener Bezirksvereine der Fabrikanten, einen Unterschied in den Zulagen bei den verschiedenen Gruppen der Arbeiter zu machen. Während man den Zigarrenarbeitern und Rindfleischmachern 60 v. H. gewähren wolle, habe man z. B. für Corrierer, Bekleber, Juristen usw. niedrigere Normen in Aussicht genommen. Das sei als nicht gerecht zu beurteilen. Lebhaftes Bedauern wurde allseitig darüber laut, daß es durch die Schuld der Fabrikantenorganisationen immer noch nicht gelingen wolle, zu einer einheitlichen Regelung der Lohnfrage, ja noch nicht einmal zu einer einheitlichen Beschlußfassung darüber zu kommen. Fast keine es, als sei durch den Beschluß des Deutschen Tabakvereins, die Durchführung den einzelnen Bezirksvereinen bezw. den Vereinen zu überlassen, ein Schritt nach rückwärts getan worden, zumal der Beschluß, bis zu 50 v. H. zuzulagen, nun jeder Betrieb für sich auslegen werde. Als Antwort auf diese Stellungnahme wurde denn auch auf der Konferenz vorgeschlagen, daß von den Arbeitern ebenfalls betriebsweise ohne Rücksicht auf eine zentrale Regelung vorgegangen werden möge; man werde ja dann sehen, ob nicht viele Betriebe lieber eine zentrale Regelung vorsehen. Dem wurde entgegengehalten, daß es Aufgabe der Tabakarbeiter sei, die zentrale und allgemeine Regelung der Lohnfrage zu fördern, sie liege nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern des ganzen Gewerbes, denn auf einer einheitlichen Grundlage könne man stabilere und allgemeiner maßgebende Verhältnisse, was auch den Tabakarbeitern zugute kommen müsse. Schließlich einigte sich die Konferenz auf folgende Entschliessung:

„Die am 10. Januar 1918 in Frankfurt a. M. tagende Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände bedauert, daß es in der Tabakindustrie infolge des Verhaltens der Fabrikantenorganisationen immer noch nicht möglich gewesen ist, eine einheitliche Regelung der Wünsche der Tabakarbeiter betr. die Zulagen zu erzielen. Die Konferenz erklärt, daß sie es nach wie vor für nötig hält, die Lohnfragen auf zentraler Grundlage zu regeln, um so zu gefundenen Zuständen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen. Die Konferenz ist der Meinung, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse am besten gefördert werden kann.

Bezüglich der Wünsche der drei Tabakarbeiterverbände, wie sie die Vertreterkonferenz am 16. November 1917 formuliert hat bringt die heutige Konferenz mit Bedauern zum Ausdruck, daß die gewünschten 60 v. H. Zulage nicht von allen Organisationen der Fabrikanten ihren Mitgliedern gegenüber zur Zahlung empfohlen worden sind. Ferner hält es die Konferenz für unangenehm, daß die einzelnen Gruppen der Tabakarbeiter von einem Teil der Fabrikantenorganisationen bezüglich der Zulagen verschieden behandelt werden.

Die Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände empfiehlt nunmehr der Tabakarbeitererschaft, als Mindestzulage überall 60 v. H. zu erstreben und dort, wo eine solche Zulage nicht gemacht worden ist, erneut mit Hilfe der Organisationen vorzugehen,

aus der reichen Vortragsfolge genannt; auch alle anderen Chöre waren das ins kleinste aufs sauberste ausgearbeitet, ihre Wiedergabe machte den Sängern wie auch der musikalischen Erziehungskunst ihres Dirigenten, des Unteroffiziers Fr. Stein, im Frieden Professor und Universitätsmusikdirektor in Jena, alle Ehre. Zwischen den einzelnen Chorvorträgen sang Opernsänger Inspektors Just. Ad. Schröder einige Lieder, der Amateurliedersänger Meyer trug zwei Solo auf der Violine vor. Beide hielten sich mit ihren Vorträgen auf der künstlerischen Höhe des Sängerkörpers, so daß der Abend im ganzen als genussreich und künstlerisch höchst bezeichnet werden kann. Sänger und Solisten wurden mit herzlichem Beifall geehrt. h. w.

### Unterhaltung und Belehrung

**Einer, der nicht sterben wollte.** Eine sehr dröhlige Szene spielte sich auf dem im Jahre 1789 in Weimar eröffneten Liebhaber-Theater ab, an dem Goethe, Corona Schröter, Vertuch, v. Einsiedel den lebhaftesten Anteil nahmen. Einst spielte man den „Eifersüchtigen Ehemann“. Die Rolle des Liebhabers in diesem Stück war Herrn v. Einsiedel zugefallen, der aber kurz vor der Aufführung erkrankte und durch einen sächsischen Mittelmehr ersetzt werden mußte. Als dieser nun mit dem Dolch erschossen werden sollte, geriet er in Verwirrung und wollte trotz des erhaltenen Dolchstoßes nicht fallen. Man räumte ihm ins Ohr: „In Teufels Namen, so fallen Sie doch!“ Er rührte sich nicht von der Stelle und blieb zergerade stehen. Da rief endlich Goethe hinter den Kulissen herüber: „Wenn er von vorn nicht fallen will, so schießen von hinten durch den Kragen! Wir müssen ihn uns auf alle Fälle vom Daise schaffen!“ Darob ermannte sich der Schauspieler. „Stich!“ rief er mit schriller Stimme und führte einen so nachdrücklichen Dolchstoß in die Flanke seines Widersachers, daß derselbe glücklich zu Falle kam. In demselben Augenblicke erschienen auch schon vier von Goethe abgeordnete handfeste Stoffsien, die ausdrücklichen Befehl hatten, den Toten, er möchte wollen oder nicht, beiseite zu schaffen. Das geschah denn auch wirklich, und das Stück konnte nun zu Ende geführt werden.

um so zu der nötigen Einseitigkeit in der Zulagengewährung zu kommen.“

Es wird nun das Bestreben der Tabakarbeiter um ihrer drei Organisationen sein, die Zulagen, die bisher meistens 30 bis 35 v. H. betragen, auf mindestens 60 v. H. zu bringen, soweit sie durch die Bewegung nicht bereits auf diesen Satz gebracht sind.

### Berichtszeitung.

#### Karlsruher Strafkammer.

Die Hilfsarbeiterin Luise Kern aus Weiler hatte in ihrer elterlichen Wohnung in Weiler ein Kind geboren, ohne daß sie sich nach einer Hebamme umgesehen hatte. Auch die Mutter der Kern, die Ehefrau Andreas Kern, hatte sich nicht um die Geburt gekümmert. Die Folge dieser leichtfertigen Handlungsweise war, daß das Kind noch am Tage der Weibung starb. Die Ehefrau Kern trug dann die kleine Leiche in den Bald und begrub sie. Wegen fahrlässiger Tötung wurden die Luise Kern und die Ehefrau Kern zu Gefängnisstrafen von je 10 Monaten verurteilt. Die Ehefrau Kern erhielt außerdem wegen Hebertretung des § 267 S. 2. B. eine Haftstrafe von 1 Monat.

Der 19jährige Hilfsarbeiter Eugen Kuhn aus Unterschwanau ist Mitglied einer schneidigen „Verbindung“, die die stolzen Farben schwarz-blau-gelb-weiß und den noch stolzeren Namen „Teutonia“ trägt. Natürlich mußte die „Teutonia“ auch Paulzeug haben und darum ließ sich Kuhn Schläger kommen, die nur gegen Nachnahme zu erhalten waren. Dazu brauchte Kuhn natürlich Geld und da er nicht gerade übermäßige Freuden an der Arbeit hat und ihr infolgedessen gern aus dem Wege ging, kam er auf den Gedanken, sich durch eine Erpressung einen größeren Geldbetrag zu verschaffen. Nach dem Muster, das er in einem Schundroman gefunden hatte, schrieb er an eine vermögende Dame in Pirzheim einen Brief, in dem er verlangte, die Adressatin solle innerhalb fünf Stunden am Barberggürtel 500 M. niederlegen. Den Brief hatte Kuhn mit „Kapitän Mors“ unterzeichnet, was „Mors“ heißt („Tod“), wählte er nicht, den Namen hatte er in dem Schundromane gelesen. In dem Briefe hatte er dann, nach berühmten Mustern der Dame „faßbare Nähe“ in Aussicht gestellt, falls sie der Polizei Kenntnis von dem Briefe gebe. Der Brief verursachte begreiflicherweise große Aufregung in der Familie der Adressatin. Diese fand jedoch den Mut, die Angelegenheit der richtigen Stelle, der Polizei, anzugehen. Daraufhin wurde die Tochter der Adressatin und eine Kontoristin veranlaßt, einen Brief mit Papier „Apfel zur im Schreiben des „Kapitän Mors“ angegebenen Stunde auf dem Barberge niederzulegen. Zwei Kriminalbeamte legten sich dann auf die Lauer. Wald war aber eine Kriminalhauptmann den Kuhn räumend auf den Barberggürtel gelaufen, um den Brief aufzugeben und zu mißtrauen. Der Beamte ging nun sofort mit vorgehaltenem Revolver auf Kuhn los. Dieser griff in die Tasche, um daraus einen mit zwei Patronen geladenen und entzündeten Revolver herbeizuscholen. Der Beamte wußte es aber zu verhindern, daß Kuhn die Waffe ziehen konnte und sofort war auch der andere Kriminalhauptmann zur Stelle, der dem Kuhn den Revolver und einen Schlagring aus der Tasche zog. Dann wurde Kuhn verhaftet. Das Gericht verurteilte heute den frechen Versuch wegen Erpressungsversuchs zu 8 Monaten Gefängnis. Von der Strafe geht ein Monat für die erlittene Unterjuchung ab.

In Elmendingen hat sich die Justiz herausgebildet, daß die Verurteilung in unbilliger Weise nähen. Ein Mädchen erklärte nun dem 16jährigen Landwirt Karl Eugen Stein, es werde sich Daratiges nicht gefallen lassen und dem Verurteilten, der sich ihm in unbilliger Weise nähern wolle, in das Gesicht schlagen. Daraufhin veranlaßte Augenstein die Landwirte Karl Appenzeller, Karl Schroth, Albert Stelke, Friedrich Maß und Wilhelm Schroth, abends dem Mädchen in einem Strohhalm aufzulauern, es zu überfallen, auf den Boden zu werfen und sie in ungehöriger Weise zu betasten. Die Gesellen führten nun gemeinsam mit dem Urheber den Plan des Karl Augenstein aus. Dabei verletzten sie das Mädchen in empfindlicher Weise. Das Mädchen wehrte sich in energischer Weise, es biß und kratzte, jedoch die Verurteilten schließlich von ihm abließen und sich aus dem Staube machten. Angesichts des rohen Verhaltens der Verurteilten verhängte das Gericht empfindliche Strafen. Es wurden verurteilt wegen erschwerter Körperverletzung und Verleumdung Karl Appenzeller zu 6 Monaten Gefängnis, Karl Augenstein zur gleichen Strafe, Karl Schroth und Albert Stelke zu je 4 Monaten Gefängnis, Friedrich Maß und Wilhelm Schroth zu je 4 Monaten Gefängnis.

Der Kaufmann Karl Jost aus Nidda war vor dem Kriege 25 Jahre lang in Brüssel und trieb dort einen Handel mit Edelmetallen. Als der Krieg begann, wurde er ausgewiesen und stellte zunächst nach Holland, dann nach Forzheim über, wo eine Anzahl seiner Geschäftsfreunde anständig sind. Jost importierte in der Folgezeit größere Mengen Silber und Gold in Waren und setzte sie in Forzheim ab. Dabei überharrt er auch die Höchstpreise. So verkaufte er an den Fabrikanten Anton Albert aus Bruchsal, wohnhaft in Forzheim, etwa 40 bis 50 Kilogramm Silber für 10 000 M., das Kilogramm zu 220 bis 230 M., statt zum Höchstpreise von 175 M. Einem anderen Fabrikanten verkaufte Jost 7287 Gramm Rohgold für 48 663 M., trotzdem das Rohgold 2700 M. nach der Höchstpreisverordnung höchstens kosten durfte. Die Ankage warf dem Fabrikanten Albert weiter vor, er habe sich dem Kaufmann Jost gegenüber angeboten, Silber zum Preise von 240 M. zu kaufen und dem Jost, daß er Silber zum Preise von 280 M. (statt 175 M.) ausgeboten habe. Bei Jost sind von der Behörde 65 Silberbarren beschlagnahmt worden im Gesamtgewicht von 410 807 Gramm. Dieses Metall ist dann bei der Diskontogesellschaft hinterlegt worden. Das Gericht nahm an, daß für die beiden Angeklagten Haftfähigkeit vorliegt und verurteilte Jost wegen Höchstpreisüberschreitung zu 1200 M. Geldstrafe, mooson 400 M. als durch die Unterjuchungshaft verbüßt gelten; Albert zu 700 M. Geldstrafe. Im Falle der Unbedringlichkeit der Strafe tritt anstelle von je 10 M. Geldstrafe ein Tag Gefängnis bis zu einer Höchststrafe von 1 Jahre. Die bei Jost beschlagnahmten Silberbarren verfallen der Staatskassa.

**Diebstahl im Großen.** Der Maurer Ludwig Stolz aus Teufschneureut, der Maurer Emil Karl Lautenschläger aus Unteröwisheim, der Tagelöhner Heinrich Kesser aus Forzheim, der Tagelöhner Franz Müller aus Karlsruhe, der Tagelöhner Eduard Felscher aus Karlsruhe, der Tagelöhner Josef Raufacher aus Durlach und der Tagelöhner Max Ludwig Lachner aus Mittern am Mülling verübten bedeutende Diebstähle und verkauften das gestohlene Gut. Stolz verkaufte einmal Holz und eunrichtig dabei die Ordnung mit einem falschen Namen. Wegen dieser Delikte standen die Genannten am Freitag vor der Karlsru-

raher Strafammer. Es wurden verurteilt wegen schweren Diebstahls Lautenschläger zu 4 Jahren Zuchthaus, Kesser zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Deichler zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, Raubfischer zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, Rademeyer und Müllig zu je 1 Jahr Gefängnis, wegen Diebstahls, schwerer Urkundenfälschung und Betrugs Stolz unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 6 Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden den mit Zuchthaus bestraften die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, denen mit Gefängnis bestraften auf 2 Jahre aberkannt. An den Strafen geht je ein Monat für die erfüllte Untersuchungshaft ab.

**Aus der Stadt.**

**\* Zahlen erröten nicht!**

Man ist bei allen Waren, die nicht unter Höchstpreis stehen, jetzt förmlich schon gespannt, wie weit die Schamlosigkeit in den Forderungen noch gehen wird. Man glaubt immer wieder, nun endlich an der äußersten Grenze zu stehen, weil weitere Steigerungen doch Wahnsinn wären. Aber der Zeiger der Geschäftsbühr steht auf Unendlich, und ob es Wahnsinn ist, daß ein Anzug bald ein kleines Jahresgehalt verdrängt, das kümmert die Geschäftswelt nicht. Seltsam ist es aber, höchst seltsam, daß die Regierung immer noch mit verdrängten Armen steht. Es scheint niemandem anzugehen, daß zwar nicht im Kriege, aber doch mit Anbruch des Friedens eine völlige Katastrophe im Wirtschaftsleben hereinbrechen muß, wenn keinerlei Vorkehrungen dagegen getroffen werden.

Gewiß, bis in jede Kleinigkeit läßt sich nicht eingreifen; aber große Gebiete, zumal solche, die zum allgemeinen Bedarf gehören, dürfen nicht ungefaßt bleiben. Das einträglichste Geschäft für die Kriegsgewinnler ist augenblicklich der Tuch- und Stoffhandel. Es klingt fabelhaft, wenn man hört, daß augenblicklich für einen Anzug bis zu 500 und 600 Mark verlangt werden dürfen, daß Kleiderstoffe um 1000 Prozent gegen Friedenspreis gestiegen sind; daß für Güte das fünffache, für Schürze das vierfache verlangt wird; daß Kinderhülsen von 1 Mk. bis 2 Mk. Friedenswert 10 bis 12 Mk. kosten; daß Papierstoffe trotz der geringen Herstellungskosten auf 10 Mk. für das Meter stehen; kurz, ein völliger Wahnsinn beherrscht den Tuch- und Stoffmarkt. Auf anderen Gebieten ist es ebenso. Hochwürde kosten gleichfalls das Acht- bis Zehnfache des Friedenspreises, jedes kleine Küchengerät muß mit Markstücken aufgewogen werden, und wenn es nur ein Stückchen Holz mit ein paar Hirschenhaaren ist. Glas hat drei- bis vierfachen Preis erlangt. All die wüste Spekulation, die die Regierung auf dem Lebensmittelmarkt mühsam zurückgedrängt hat, bricht an andern Stellen wieder aus.

Kein Wunder, wenn sich im Volke immer mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, daß der Krieg eine Unternehmung der Kapitalisten und Spießhaken ist und daß deshalb kein Frieden werden will, weil diese das Volk immer noch nicht genügend ausgeräubert haben.

Eine nützliche Gasführung hat heute die Vertikalisierung unserer Zeitung in erheblichem Maße beeinträchtigt. Am 9 Uhr feste plötzlich der Gasdruck aus, sodaß unsere Schreibmaschinen nicht weiterarbeiten konnten. Eine telefonische Reklamation beim Gaswerk hatte keinen Erfolg. Wir konnten infolgedessen wichtige Nachrichten, insbesondere den Schluß der Verhandlungen im Hauptausfluß, nicht rechtzeitig setzen und bitten unsere Leser um Entschuldigung.

**Entdeckte Schleihhändlerin.** Auf eigenartige Weise ist man hier einer Schleihhändlerin auf die Spur gekommen. Bei dichtem Nebel waren auf der Friedhofstraße zwei Straßenbahnwagen zusammengefahren. Auf einem der Wagen stand eine Bauersfrau aus der Pfalz, die zwei schwere Körbe mit sich führte. Durch den Anprall wurde der Inhalt der Körbe entfällt und zwar kamen 65 Eier, Bauernkäse und Butter zum Vorschein. Die Bauersfrau wurde von der Polizei in Empfang genommen. Sie wollte noch ein zweites Geschäft machen, indem sie behauptet hatte, sie habe der Schaffnerin im Augenblick des Zusammenstoßes einen fünfmarkigen Schein zum Wechsell geben. Die Schaffnerin konnte aber nachweisen, daß sie noch keine fünf Mark eingenommen hatte.

In der Aufsichtsratsitzung der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Pflanzstoffabrikation vorm. G. Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel wurde beschlossen, der auf den 25. Februar einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 16 Prozent vorzuschlagen. Ferner soll den Aktionären ein Kosten von 875 Stammatien, die von einem Konsortium zum Selbstkostenpreis der Gesellschaft zur Verfügung gestellt worden sind, in der Weise angeboten werden, daß gegen Einlieferung der Dividendenscheine für 1917 von je 7 Stammatien eine Stammatie zum Kurse von 100 Prozent mit Dividende für 1918 bezogen werden kann. Der Unterschied zwischen dem Einstandspreis und dem Ausgabekurs soll von der Gesellschaft, soweit er nicht aus dem laufenden Betriebe bestritten wird, aus der Rücklage für besondere Zwecke gedeckt werden.

Zur Anzeige gelangten eine größere Anzahl von Personen, welche es unterlassen haben, das in ihrem Besitze befindliche Munitionsgeschir anzumelden bzw. zum festgesetzten Termine bei der Metallannahmestelle hier abzuliefern.

**Kriegsnachrichten.**  
**Deutscher Tagesbericht.**

**W.W. Großes Hauptquartier, 26. Jan. (Amtlich.)**  
**Westlicher Kriegsschauplatz.** An der flandrischen Front zwischen dem Vlaanderen und der Yser, bei Lens und heiderseits der Sirpe von Mittag an Artilleriekämpfe. Unsere Infanterie brachte von Erfindungen bei Lens, Creiffles und Epshy Gefangene zurück. — An einzelnen Abschnitten am Lise-Isnekanal, in der Champagne und auf beiden Ufern der Maas lebte die Feuerartillerie auf. Westfälische Sturmtruppen hielten nach kurzer vorbereitender Feuerwirkung aus den französischen Gräben im Walde von Avocourt 24 Gefangene und ein Maschinengewehr. Ebenfalls hatte ein flämischer Handfischer gegen die feindlichen Linien am Gaurierewalde vollen Erfolg.

In den letzten vier Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 25 feindliche Flugzeuge abge-

schossen. Unsere Jäger führten erfolgreiche Angriffe gegen die französische Nordküste durch. Gute Wirkung wurde in Dünkirchen, Calais und Boulogne beobachtet. Leutnant Koech brachte gestern innerhalb weniger Minuten drei französische Zeppelinballone brennend zum Absturz.

**Italienische Front.** Auf der Hochfläche von Asiago und zu beiden Seiten der Brenta kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

**W.W. Großes Hauptquartier, 27. Jan. (Amtlich.)**  
**Vom westlichen Kriegsschauplatz.** Fast an der ganzen Front blieb die Gefechtsintensität gering. Bei kleineren Unternehmungen südlich von der Die und in den Oberen Vogesen, südlich von Lusse, wurden Gefangene eingebracht.

**Italienischer Kriegsschauplatz.** Auf der Hochfläche von Asiago und östlich von der Brenta lebhafter Feuerkampf. Ein italienischer Angriff gegen den Monte Pertica scheiterte.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

**Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.**  
**Türkischer Bericht.**

**W.W. Konstantinopel, 26. Jan. (Nicht amtlich.)** Bericht von gestern: In den Dardanellen regte aber erfolglose feindliche Fliegerartillerie. Palästinafront: An der Küste konnten wir unsere Linien durch Vorstößen um etwa 2 Kilometer verbessern. Geringe Kampfintensität. In allen anderen Fronten Lage unverändert.

**„Sultan Iubus Selim“ wieder flott.**

Berlin, 27. Jan. (W.W. Amtlich.) Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, ist der türkische Panzerkreuzer „Sultan Iubus Selim“, früher „Goeben“, der auf dem Rückmarsch von dem Vortopf nach der Insel Imbros in der Enge bei Nagara festgenommen war, in die Dardanellen eingelaufen.

**Entschädigung Deutschlands für einen erschossenen Schweizer Grenzwächter.**

**W.W. Bern, 26. Jan. (Nicht amtlich.)** Schweiz. Deb.-Ag. Die deutsche Militärverwaltung hat durch Vermittlung des politischen Departements der Witwe des schweizerischen Grenzwachters Zunftkeg, der auf einer Dienstreise am 3. Juli 1917 von einem deutschen Dragoner erschossen wurde, eine Entschädigung von 22 000 Frs. zustellen lassen.

**Gefundene Minenjuchboote.**

**W.W. Kopenhagen, 27. Jan. (Nicht amtlich.)** Das Minenboot meldet aus Ringkøbing: Ein Schiffsboot mit 17

durche, Marinejuchboaten ist in Saubing an der Westküste Jütlands angelangt. Einer der Juchboaten ist tot. Das Boot stammt von einem deutschen Kreuzer. Die Bootsinsassen sind sehr erschöpft. Sie haben 4 Tage im offenen Boot zugebracht. Aus Ringkøbing wurde ihnen ärztliche Hilfe gesandt. Die Leute wurden zum Strandbogi geschickt und hier mit trockenen Kleidern versehen. Einer der Schiffbrüchigen ist indessen gestorben. Unter ihnen war ein deutscher Marineoffizier. Es steht fest, daß die Leute zu einem deutschen Torpedojäger gehören, der torpediert wurde oder auf eine Mine gelaufen ist. Einzelheiten fehlen noch. (Notiz: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, handelt es sich um die beiden Minenjuchboote „A 73“ und „A 77“, die auf Minen gelaufen und gesunken sind. Infolge unsichtigen und schlechten Wetters gelang es anderen in der Nähe befindlichen Fahrzeugen, leider nur einen Teil der Besatzungen der gesunkenen Boote zu retten.)

**Letzte Nachrichten.**  
**Rücktritt des Kabinetts Weterle.**

**Budapest, 27. Jan. (Ung. Corr.-Biro.)** Wie von zuständiger Stelle verlautet, hat der König das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Weterle angenommen und gleichzeitig Dr. Weterle neuerlich zum Ministerpräsidenten ernannt.

**Brest-Litowsk.**

**Berlin, 27. Jan.** Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Staatssekretär von Kühlmann ist in Begleitung des Legationssekretärs von Hoesch gestern Abend um 9 Uhr nach Brest-Litowsk abgereist.

**Wien, 27. Jan.** Minister des Innern Graf Czernin hat sich heute nach Brest-Litowsk begeben. In seiner Begleitung befinden sich die Gesandten Freiherr von Wittag und Dr. Wiesner, die Legationsräte Freiherr von Charian und Graf Caloredo, Legationssekretär Freiherr von Gauthsch, Sektionschef Dr. Graz wird in den nächsten Tagen gleichfalls in Brest-Litowsk eintreffen.

**Stockholm, 27. Jan.** Wie „Stockholms Lejdningen“ aus Gelfingsfors erfährt, hat der finnische Landtag eine Abordnung bestimmt, die Finnlands Interessen bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk vertreten soll. Sie besteht aus 3 bürgerlichen und 3 sozialistischen Mitgliedern, nämlich den früheren Senatoren Sjelt und Steiroh, Professor Erich, Mediziner Sirola und Magister Vil. (Der 6. Name fehlt in der Depesche.)

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kabet; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Preiswerte Strumpfwaren**

Damen-Strümpfe	Baumwolle, durchbrochen	Paar 2.50
Damen-Strümpfe	Baumwolle, glatt gewebt	Paar 3.25
Damen-Strümpfe	Glanzfarb	Paar 4.75
Damen-Strümpfe	Makko, kräftige Qualität	Paar 5.75
Füßlinge	gewebt, schwarz und lederartig	Paar 2.25
Herren-Socken	schwarz, grau und lederartig	Paar 2.25
Herren-Socken	gewebt, farbig	Paar 2.50
Herren-Socken	Halbwolle, normalfarbig	Paar 3.50

**Herren-Artikel**

Herren-Kragen	je nach Preis steif und weich, in allen Größen und Formen	1.50 1.75 2.95
Herren-Oberhemden	farbig, je nach Preis mit und ohne feste Manschetten	12.00 15.00
Herren-Oberhemden	weiss, je nach Preis mit und ohne Manschetten	14.75 18.00
Hosenträger	mit Gummi-Rückenteil	1.75 3.00
Hosenträger	mit Ersatzteilen	2.25 3.50
Selbstbinder	schöne, neue Muster	1.75 2.75
Krawatten	fertig, lange Form (Regattes)	1.75 2.50

**Hermann 2899**

**TIETZ.**

**Gewerkschafts-Kartell**  
**Karlsruhe.**  
Donnerstag, den 31. Jan., abends 8 Uhr, in der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstraße 13

**Vertreter-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Berichtsmittellungen
2. Wahlen zur Verwaltung des Oberverf.-Amtes
3. Stellungnahme zur Lebensmittellieferung und Brennstoffversorgung.

Die Kommission.

**Im Interesse der**  
Spieler selbst und des Verfalls liegt es, die Lose der Preussisch-Südd. Staatslotterie frühzeitig, am besten mit der Liste der Vorklasse zu erwerben und zwar vor Ende jeden Monats.

Ich bitte also um Erneuerung zur II. Klasse und bitte noch Kauflose an zum Preise für

1/8 1/4 1/2 3/4 Anteil  
10.- 20.- 40.- 80.- Mark

**Ludwig Göß,**  
Großh. Badischer Lottereeinnehmer, 2899  
Gebelstraße 11, beim Rathaus.

**Daniels Konfektionshaus**  
Wilhelmstraße 34, 1 Et.  
Neu eingetroffen:  
Marabu-Kragen 2899  
Blüschgarnituren  
in großer Auswahl.

**Parteiliteratur**  
empfiehlt  
**Buchhdlg. Volksfreund**  
Luisenstraße 24

**Papier.**

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Braubf. Waldstraße 28, abzuliefern.

**A. Braun & Co.**

**Dankfagung.**

Die Erben der verstorbenen Frau Henriette Willstätter haben mir zur Verteilung unter würdige Arme christlicher Konfession die Summe von 1000 Mark überreichen lassen. Namens der Bedachten spreche ich hierfür den herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 26. Januar 1918.

Der Oberbürgermeister.

**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

### Todes-Anzeige.

Nach kurzer Krankheit beschloss in vergangener Nacht hier unsere liebe Mutter

## Frau Karl Geck Ww.

geb. Falk,

im Alter von 76 1/2 Jahren ihr arbeitsfreudiges Leben. Mannheim, den 26. Januar 1918.

Die trauernden Kinder:

- Oskar Geck.**
- Mina Geck.**
- Alfred Geck, Pforzheim.**
- Eugen Geck, Karlsruhe.**
- Karl Geck, Wiesbaden.**

Die Einäscherung findet in Mannheim und die Bestattung später in Offenburg, der Heimat der Entschlafenen statt.

### Nächste Badische Krieger-Geldlotterie.

Ziehung am 1. Februar 3261 Geldgewinne und 1 Prämie bar Geld

**37000 Mk.**

Mögl. Höchstgewinn

**20000 Mk.**

3263 Geldgewinne

**17000 Mk.**

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 M.

Porto und Liste 30 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unter.

**J. Stürmer**

Strasbourg i. E., Langstr. 101. Filiale Kohl a. M. Hauptstr.

**Franz Pecher**

Karlsruhe, Zirkel 30, Gewerbehank, Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

### Pflanz Obstbäume

Spätkerbäume in Apfel, Birnen, frühe Pfirsich, Aprikosen, Mirabellen, Kirschen, Zwetschen, Quitten, Joh- und Stachelbeeren (busch- und hochst.), Himbeeren, Brombeeren, Rosen empfiehlt billig

Kloß, Baumstraße, Bruchsal.

### Kommunalverband Karlsruhe-Stadt

## Höchst- u. Richtpreise

gültig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar 1918 einschl.

### Gemüse:

Rotenohl geschlossen	1 Pfund	60-70 Pfg.
Rosenohl offen	1 "	20 "
Blumenohl inl.	1 "	60-70 "
Winterohl	1 Pfund	18 "
Rotkraut	1 "	25 "
Wirsing	1 "	25 "
Spinat	1 "	35 "
Schwarzwurzeln	1 "	70-80 "
Kartoffeln, kleine runde, längliche	1 "	20 "
Speisemöhren, rot	1 "	15 "
gelb	1 "	10 "
Rüben, rote	1 "	20 "
weiße	1 "	4 "
Boden-Rotkraut	1 "	6 "
Endivienalat	1 Stück	3-20 "
Feldsalat	1 Pfund	40-50 "
ellerie ohne Kraut	1 "	60 "
Lauch	1 "	40 "
Meerrettich im Durchschnittsgewicht	1 "	90 "
a. von über 300 g	1 "	80 "
b. unter 300 g	1 "	80 "
Nettsch	1 Stück	2-12 "
Saure Rüben	1 Pfund	20 "
eingem. Bohnen	1 "	60 "

### Obst:

Apfel, Gruppe I.	1 Pfund	70 Pfg.
II.	1 "	38 "
Birnen, I.	1 "	63 "
II.	1 "	32 "

In allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen. Das Zurückhalten angebotener Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben an jedermann im Kleinen abgegeben werden.

Karlsruhe, den 25. Januar 1918. 2891

Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

## Lebensmittel-Verteilung

in der

Woche vom 28. Januar bis 3. Februar 1918.

I.

- Teigwaren (Wasserware)**  
1/2 Pfund zu 12 Pfg. gegen die Marke A Nr. 78.
- Kaffee-Ersatz**  
1 Paket von 1/2 Pfund zu M. 1.45 gegen die Marke B Nr. 78.
- Marmelade**  
1/2 Pfund zu 45 Pfg. gegen die Marke C Nr. 78.
- Saure Rüben**  
1/2 Pfund zu 10 Pfg. gegen die Marke D Nr. 78.
- Dörrgemüse (Belbrüben)**  
1/2 Pfund zu 40 Pfg. gegen die Marke E Nr. 78. auf erfolgte Bestellung.
- Zucker**  
300 gr gegen die Zuckermarkte Nr. 78.
- Fett**  
100 gr in den Fettverkaufsstellen 1 bis 286a einzüßl. gegen die Fettmarkte C und D Nr. 78.
- Eier**  
1 Stück gegen die Eiermarkte A und B Nr. 78, Preis 32 Pfg.  
Die Sammelmarken A und B Nr. 78 werden für je 5 Personen mit 3 Eiern eingelöst.
- Kindernährmittel**  
Statt des Kindermehles werden 2 Pakete Zwiebad zum Preis von je 25 Pfg. abgegeben.
- Fleisch**  
225 Gramm (175 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst).
- Kartoffeln**  
7 Pfund gegen die Kartoffelmarkte C Nr. 78 mit Anhang, 3 Pfund auf die Sondermarkte Nr. 78. Ferner für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelzulassungen für Schwerarbeiter C und D Nr. 78.

II.

Die Verteilung der Waren erfolgt nur in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar 1918 einschließlich.

III.

Einlösungstellen für Sondermarken (Krankenzulassungs- und P-Marken) für die unter I bis 9 aufgeführten Lebensmittel:

Die städtischen Verkaufsstellen Kriegsstraße 90, Douglasstraße 24, die Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstraße 25, für Fett ferner noch Karl Dietzsch, Amalienstraße 29.

IV.

Frift für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Mittwoch, den 6. Februar 1918. Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.

V.

Für die Woche vom 4. bis 10. Februar 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Gruppen	1/2 Pfd.	Fett
Speisekrum	1/2 Pfd.	Kindernährmittel
Sauerrüben	1/2 Pfd.	Fleisch
		Kartoffeln

Karlsruhe, den 26. Januar 1918. 2890

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.



Am Samstag, den 2. Februar 1918, abends 8 1/2 Uhr findet im „Auerhahn“

## Generalversammlung

statt, wozu die Mitglieder ergebenst eingeladen werden. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

2897

Der Vorstand.

## Fleißige Arbeiter

finden Beschäftigung bei 2368

Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co.

Zu melden beim Portier. Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik fleißige, saubere, junge

## Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner Grünwinkel.

2128

## Unentgeltliche ärztliche Mütterberatungsstunde

für das Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren

findet statt:

am Dienstag, den 29. Januar, abends 5-6 Uhr, in der Karl-Wilhelmschule.

### Mütter!

bringt Eueres Kinder, deren Gesundheit nicht ganz in Ordnung ist, zu dieser Beratungsstunde! 2894

Badischer Frauenverein, Abteilung VI.

### Gelernte

## Dreher, Mechaniker, Schlosser

sofort gesucht. 2895

Brown, Boveri & Cie. A.-G. Mannheim-Käfertal.

## Druckarbeiten

aller Art liefert schnell und billig, Buchdruckerei Volksfreund

## Die Kerle von Flandern.



### Ein geschichtlicher Roman von Hendrik Conscience.

Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die furchtbaren Kämpfe im Krieg der Gegenwart sieht. Es scheint das Schicksal dieses Volkes, wieder und wieder mit Menschenblut getränkt zu werden. Zahlreiche heilige Gebeine, die vor allem um die Freiheit der Provinzen liegen, sind hier aufgetragen worden, und von einem dieser Kämpfe, die das trostlose Geschick der Kerle gegen seine Verdrücker führte, handelt der Roman. Unter der Hand des Verfassers wird die Vergangenheit lebendig; in dramatischen, glühenden Bildern, in tragischen persönlichen Schicksalen offenbart sich uns das Schicksal des Landes und, in der Schilderung einer ungewöhnlichen Liebe, auch das weibliche Element, der freigeistigen „Reclinnen“, die lieber sterben als sich dem Geizherren verkaufen. Er erscheint in der reich illustrierten Buchausgabe der Arbeiter:

### „In Freien Stunden“.

Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 63, Lindenstr. 3.

Kürzer diesem Hauptroman gelangt zum Abdruck eine von Marie François überlegte Erzählung von Selma Lagerlöf:

### „Das Mädchen vom Moorhof“.

Es ist die Geschichte eines armen, verachteten Mädchens, das zu ihrem eigenen Racheplan den Vater ihres Kindes vor einem Reichem setzt und auch in der Folge Beweis seiner Seelenstärke gibt. - Weitere Erzählungen folgen im nächsten Heft.

Jedes Heft enthält ferner Aufsätze mit Illustrationen aus den verschiedensten Gebieten der Unterhaltung und des Wissens, Gedichte, Anekdoten, Rätsel, Scherz, Ratseige für Haus u. Küche usw.

„In Freien Stunden“ erscheint in wöchentlich. Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt die Zeitungsträgerin, jede Parteibuchhandlung oder der Verlag Buch. Vorwärts entgegen.

Unterzeichneter bestellt hiermit 1 „In Freien Stunden“ (Heft 1 u. ff.)

Genaue Adresse:

Zustellort beim Parteibuchhändler oder bei Parteibuchhandlung zu übergeben!